Aus der Provinz Posen.

d. **Neustadt b. Pinne**, 27. Nov. [Die Unsitte] einen Napf brennender Kohlen zur Zimmererwärmung aufzustellen, hat wiederum ein Menschenleben zum Opfer gefordert und noch zwei andere in Lebensgefahr gebracht. Auf dem hiesigen Dominium begaben sich gestern Abend drei junge Dienstmägde, nachdem sie sich bis dahin mit Federschleißen beschäftigt hatten, in ihre gemeinschaftliche Schlafstube, wo sie heute Morgen vergeblich geweckt wurden. Dem sofort herbeigeholten Arzte Dr. Pajzderski gelang es nach vieler Mühe zwei der Mädchen ins Leben zurückzurufen, während bei der Jüngsten alle Anstrengungen vergebens waren.

// **Meseritz**, 26. Nov. [Bienenwirthschaftlicher Verein.] Im Schützenhause tagte gestern nach der Sitzung des Landwirthschaftlichen Vereins der Bienenverein, in welchem die aus Staatsunterstützungen angekauften bienenwirthschaftlichen Geräthe zur Verloosung kamen. Die in der letzten Sitzung nicht zur Erledigung gekommene Berathung über die Neugestaltung des Vereins hat gestern nicht den gewünschten Abschluß gefunden. Es ist der einmüthige Wunsch aller wirklichen Imker, den Verein von dem landwirthschaftlichen Verbande zu lösen. Da infolge der geringen Anzahl der erschienenen Bienenzüchter das Resultat den Wünschen derselben nicht entspricht und das bisher geführte Vereinsleben reges Interesse vermissen läßt, so werden wahrscheinlich die eifrigsten Mitglieder dem Verein den Rücken kehren und dann einen neuen selbstständigen Bienen-Verein gründen.

ch. **Rawitsch**, 27. Nov. [Vom Bau der Wasserleitung.] Wie seiner Zeit an dieser Stelle mitgetheilt, hatte der Leiter der Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahn von Liegnitz über Rawitsch nach Kobylin, Oberingenieur Altzschner, hierselbst ein Projekt für eine Gravitations-Wasserleitung von den Anhöhen in der Nähe des schlesischen Dorfes Gahle ausgearbeitet und dem Magistrat hierselbst vorgelegt. Dieses Projekt wurde von dem Oberingenieur Hempel in Berlin, der seitens der städtischen Verwaltung mit der Ausführung der Vorarbeiten für eine mittelst Hebewerks betriebene Wasserleitung betraut ist, eingehend geprüft und von diesem Sachverständigen als zur Ausführung nicht geeignet befunden. Es gab nun auch Stimmen, die den bei der Sache betheiligten Ingenieur Hempel nicht für völlig einwandsfrei hielten, und es wurde deshalb das Projekt dem als Kapazität geltenden und mit den hiesigen Wasserverhältnissen bereits vertrauten Baurath Thiem in Leipzig zur Prüfung übergeben. Dieser Sachverständige hat nunmehr in seinem Gutachten die Möglichkeit einer Gravitationsleitung aus den Bergen bei Gahle zugegeben, hält aber die Altzschner'sche Annahme von 50 Liter Wasser pro Kopf der Bevölkerung und pro Tag für unzureichend. Er hält Berechnungen auf Grund der Menge der meteorischen Niederschläge für derart unzuverlässig, daß man sich nie darauf verlassen kann. Gravitationsleitungen seien überhaupt unzuverlässig; Leitungen, bei denen das Wasser aus der Tiefe gehoben wird, seien auf alle Fälle vorzuziehen. Damit dürfte das Altzschner'sche Projekt abgethan sein.

ch. **Rawitsch**, 27. Nov. [Alter Brandstifter] Auf dem Rittergute Wanglewe bei Winzig brannte am Abend des 23. d. Mts. ein Roggenschober nieder, der die Ernte von 64 Morgen enthielt. Als Brandstifter wurde der 82 Jahre alte Handelsgärtner Schubert aus Strien ermittelt. Ob der Greis, der dem Eigenthümer des Schobers durchaus nicht feindlich gesinnt ist, aus bloßer Ruchlosigkeit die That begangen hat oder ob dieselbe auf etwa Unzurechnungsfähigkeit zurückzuführen ist, dürfte die eingeleitete Untersuchung wohl ergeben.

V. **Fraustadt**, 27. Nov. [Stellungnahme der Bäcker zur Dampfmühle] Am gestrigen Abend versammelten sich die hiesigen Bäckermeister, um wegen der geplanten Errichtung einer Dampfmühle am hiesigen Orte zu verhandeln. Nach einer längeren lebhaften Debatte beschlossen die Versammelten, von der Mühle kein Mehl zu entnehmen, falls mit derselben gleichzeitig eine Bäckerei eingerichtet wird. Ob dem Wunsche der hiesigen Bäckermeister entsprochen werden wird, bleibt abzuwarten.

o. **Rogasen**, 27. Nov. [Zwangsversteigerung. Wahlen. Goldene Hochzeit] Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Schrotthaus im Kreise Obornik Nr. 89 auf den Namen der Martin Bartoszewicz'schen Eheleute eingetragene in Schrotthaus belegene Grundstück am 20. Januar 1896 beim hiesigen Amtsgericht versteigert werden. Das Grundstück ist mit 24,96 Mark Reinertrag und einer Fläche von 1,67,60 Hektar zur Grundsteuer, mit 24 Mk Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. — Bei den heute stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen wurden in der ersten Abtheilung Kaufmann Franz Wieczorek, Kaufmann Marcus Kirschner und Ackerwirth Seemann; in der zweiten Abtheilung Gymnasial-Direktor Dr. Dolega und Kaufmann Jastrow gewählt. Die Betheiligung war eine rege. — Die früheren Gutsinspektor Kobelinski'schen Eheleute hier feierten vorgestern in voller Rüstigkeit die goldene Hochzeit.

E. **Gollantsch**, 27. November. [Die Entlassungsprüfungen] bei den Präparanden-Anstalten in Czarnikau und Rogasen finden am 7. September 1896, am 24. Februar 1896 in Lissa, Meseritz und Lobsens statt.

F. **Ostrowo**, 27. Nov. [Gründung eines neuen Vereins.] Auf Anregung des Pastors Lolda in unserer Nachbarstadt Grabow hatten sich dieser Tage in der Aula der höheren Töchterschule daselbst eine große Anzahl Frauen und Jungfrauen der dortigen evangelischen Gemeinde behufs Gründung eines evangelischen Frauen- und Jungfrauen-Vereins versammelt. Derselbe wurde auch ins Leben gerufen und genehmigte die von dem Pastor vorgelegten Statuten. Es traten über 30 Mitglieder dem Vereine bei. Zur Vorsitzenden wurde neben dem Geistlichen, der ständiges Vorstandsmitglied ist, Frau Pastor Lolda gewählt. Ihr zur Seite sind in den Vorstand noch gewählt worden: Frau Rittmeister Nehring, Frau Obergrenzkontroleur Wolff, Frau Postverwalter Conrad, Frau Kantor Hoffmann, Frau Einnehmer Vetter, Fräulein von der Oelsnitz und Fräulein Marie Hoffmann. Der Verein beschloß gleich, zu Gunsten der armen Kinder im Monat Dezember eine Verloosung von freiwillig gespendeten Gaben zu veranstalten. — Der Landrathamtsverweser in Schildberg hat heut eine Verfügung erlassen, nach welcher gegen alle Gast- und Schankwirthe, sowie Getränke-Kleinhändler, welche einer Person spirituose Getränke bis zur Trunkenheit oder solche auf Kredit verabfolgen und die Vornahme verbotener Spiele in ihren Räumen dulden, unnachsichtlich das Verfahren auf Entziehung der Konzession eingeleitet werden wird.

Schneidemühl, 27. Nov. [Stadtverordnetenwahlen. Feuer.] Heute Abend fanden in dem Wegner'schen Saale die Ergänzungswahlen für die in Folge Ablaufs ihrer Wahlperiode ausscheidenden Stadtverordneten Fleischermeister Beck, Maurermeister Schiefelbein, Malermeister Brucker und den von hier verzogenen Fabrikbesitzer Bergmann statt. Von 146 eingeschriebenen Wählern der 2. Abtheilung waren 88 anwesend. Es erhielten die Majorität Maurermeister Schiefelbein (66 Stimmen), Schneidermeister J. Wloszczynski (55 Stimmen), prakt. Arzt Dr. Droczynski (47 Stimmen) und Kaufmann J. Baumann (55 Stimmen). Von den Gegenkandidaten erhielten Bäckermeister J. Nöske 39 Stimmen, Fleischermeister Beck 33 Stimmen, Maurermeister Meyer 14 Stimmen; die übrigen 10 Stimmen zersplitterten sich auf vier andere Kandidaten. Hierauf folgten die Ergänzungswahlen für die erste Wähler-Abtheilung. Erschienen waren 24 Wähler. Die ausscheidenden Stadtverordneten wurden wiedergewählt; der prakt. Arzt Dr. Briese, Buchhändler Wieck und Kaufmann Groß mit je 23 Stimmen. — Heute zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags brach auf der Berliner Vorstadt auf dem Gehöft des Maurerpoliers Körlin, Langestraße Nr. 15, in einem Scheunen- und Stallgebäude Feuer aus, welches das Gebäude mit den darin lagernden Futtervorräthen vollständig vernichtete. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Feuerwehren waren schnell auf der Brandstelle und verhinderten ein Weiterumsichgreifen des Feuers. Wie das Feuer ausgekommen ist, hat nicht ermittelt werden können. Das Gebäude ist unversichert.

r. **Wongrowitz**, 26. Nov. [Statistisches. Weihnachtsbescherung.] Im abgelaufenen Kirchenjahr sind in der hiesigen evang. Kirchengemeinde vorgekommen: 111 Taufen, 71 Sterbefälle (darunter 31 Kinder), 20 Trauungen. Die Zahl der Konfirmanden betrug 52, die der Kommunikanten 1576 (darunter 3) Krankenkommunionen). — Die Mitglieder des Frauen- und Jungfrauen-Vereins sind schon dabei, die Wäschestücke, die Kleider und Strümpfe ꝛc., welche zu Weihnachten den Armen besonders aber Kindern verarmter Eltern zum Weihnachtsfeste beschert werden sollen, mittels Hand- oder Maschinenarbeit herzustellen. Der Männergesang- und Musikverein hat sich auch in diesem Jahre bereit erklärt, die edlen Bestrebungen der beiden Vereine durch Veranstaltung einer musikalisch-theatralischen Wohlthätigkeitsvorstellung zu unterstützen.

II **Bromberg**, 26. Nov. [Das Schiedsgericht] der Pensionskasse für die Arbeiter der preußischen Staatsbahn-Verwaltung des Direktionsbezirks Bromberg trat gestern unter Vorsitz des Ober-Regierungsraths Frhrn. v. Maltzahn zusammen. Zur mündlichen Verhandlung gelangten 7 Berufungssachen, von denen fünf zurückgewiesen wurden. In der Invalidensache des Streckenarbeiters Heinrich Gerstmeier in Retschin wurde der Bescheid des früheren Bezirksausschusses Nr. 36 der Pensionskasse als formell unzulässig aufgehoben. Die Invalidensache des Streckenarbeiters Karl Weiche in Arnswalde wurde zur weiteren Veranlassung an den Vorstand der Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg überwiesen. — Im Anschluß hieran trat das Schiedsgericht für die für Staatsrechnung verwalteten Eisenbahnen des Direktionsbezirks Bromberg unter demselben Vorsitzenden zusammen. Von den zur mündlichen Verhandlung gelangten 8 Berufungssachen wurden 6 zurückgewiesen. In einer Sache wurde Beweisaufnahme beschlossen und in der Unfallversicherungssache des Hilfsbremsers Michalowicz aus Jersitz die Unfallrente erhöht.

R. **Crone a. d. Br.**, 26. Nov. [Vom Diakonissen-Verein. Patentertheilung.] Die für gestern Abend einberufene Generalversammlung des hiesigen Diakonissenvereins war ziemlich stark besucht. Dem vom Pastor Osterburg erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die hier thätigen Schwestern auch im abgelaufenen Vereinsjahre im ausgedehnten Maße Gelegenheit hatten, die Krankenpflege auszuüben. Die Einnahmen des Vereins entsprechen den Erwartungen, es soll jedoch später durch geeignete Veranstaltungen für eine Erhöhung derselben Sorge getragen werden. Nachdem einige Ergänzungswahlen vollzogen waren, wurde noch beschlossen, daß der Paragraph des Vereinsstatuts, welcher die Bestimmung enthält, zu einer beschlußfähigen Generalversammlung seien 20 Mitglieder nöthig, dahin abzuändern sei, daß eine von 10 Mitgliedern besuchte, ordnungsmäßig einberufene Generalversammlung schon Beschlüsse fassen könne. — Dem Dachdeckermeister Emil Meusel hierselbst ist auf eine Vorrichtung zur einfacheren und sicheren Anbringung der Firstpfannen an den Dächern ein Patent ertheilt worden.

Aus dem Gerichtssaal.

a. **Inowrazlaw**, 26. Nov. Der Brunnenmacher August Pötzke-Ostrowo, Kreis Strelno, hatte einen dem Gutsbesitzer von Maczinski-Ostrowo gehörenden Brunnen zu repariren und die Wände des Brunnens mit Bohlenkränzen zu versehen. Um den Brunnen auszuschachten ließ er 2 Arbeiter dort hinuntersteigen. Bei dieser Arbeit lockerte sich eine Wand und drohte zu rutschen. Einer der Arbeiter erkannte die Gefahr und eilte aus dem Brunnen, rief seinem Kameraden Kote zu, eilig dasselbe zu thun, doch dieser wollte darauf nicht hören. Es dauerte kaum 2 Minuten, so war er bis an den Hals verschüttet. Pötzke versuchte ihn zu retten, doch das Schlammwasser, da durch den Erdrutsch rapide in die Höhe stieg, erstickte den Unglücklichen. In der heutigen Strafkammer-Sitzung hat sich P. dieserhalb wegen grober Fahrlässigkeit zu verantworten, da es seine Pflicht gewesen sein soll, die Brunnenwände abzusteifen. In Rücksicht darauf, daß der Verunglückte Zeit gehabt hätte, sich zu retten, wurde der Angeklagte nur zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

F. **Ostrowo**, 27. Nov. Die Gerichtstage für Mixstadt im Jahre 1896 werden im Domanski'schen Gasthause am 15. Januar, 12. Februar, 11. März, 15. April, 13. Mai, 10. Juni, 8. Juli, 23. September, 14. Oktober, 11. November und 15. Dezember abgehalten werden. — Für Grabow sind die im Jacubowiczschen Lokale abzuhaltenden Gerichtstage auf den 21. Januar, 18. Februar, 17. März, 21. April, 19. Mai, 16. Juni, 14. Juli, 22. September, 20. Oktober, 17. November und 15. Dezember festgesetzt worden.

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt**, 27. Nov. Im elektrotechnischen Verein hielt gestern Abend der Geh. Postrath Münch einen Vortrag über Induktionserscheinungen in Fernsprechleitungen. Der Redner gab zunächst eine Uebersicht über die von der Reichs-Postverwaltung angewendeten Mittel zur Verhinderung der störenden Beeinflussung, die Telegraphen- und Fernsprechleitungen auf andere an demselben Gestänge angebrachte Fernsprechverbindungen ausüben, selbst wenn diese als Doppelleitungen (mit Hin- und Rückleitung) ausgeführt sind. Die früher angewendeten Vorkehrungen, das Drillen (Twisten) der Doppelleitungen, sowie die Anbringung in senkrechten Ebenen hätten den Nachtheil, daß immer nur zwei Verbindungen ohne gegenseitige Beeinflussung an demselben Gestänge hergestellt werden könnten. Bei Anwendung der dritten Methode, des Kreuzens der Hin- und Rückleitungen nach bestimmten Grundsätzen werde die Leitungsanordnung unübersichtlich. Die Reichs-Postverwaltung habe daher 1891 zwischen Dresden und Freiberg i. Sachs., abweichend von den angeführten Methoden, die beiden Drähte jeder Doppelleitung auf einer gemeinsamen Eisenstütze (Winkelstütze) angeordnet und diese Winkelstützen an den Stangen wechselständig gruppirt. Da durch diese Anordnung der störenden Lautübertragung aus einer Doppelleitung in die anderen (Mitsprechen) genügend vorgebeugt war, wurde bei der Anlegung neuer Fernsprechverbindungen, wie zwischen Berlin und Hamburg, Berlin und München, Berlin und Wien, Berlin und Stettin, Berlin und Breslau, Berlin und Posen, Köln a. Rh. und Verviers von der Befestigung der Doppelleitung auf Winkelstützen Gebrauch gemacht, während die an den betreffenden Gestängen bereits vorhandenen Doppelleitungen die Anordnung in senkrechten Ebenen beibehielten. Es habe sich dabei ergeben, daß es zur Verhütung des Mitsprechens zwischen Fernsprech-Verbindungen genügt, wenn die zu derselben Doppelleitung gehörenden Drähte (durch Anordnung auf gemeinsamer Winkel-

---

Standesgemäß.

Roman von Karl v. Leistner.

(10. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten]

„Wenn Du für die Spenden, welche ich bisher dankbarst von Dir annahm, das Recht beansprucht, mich in solcher Weise behandeln zu dürfen, Tante," warf der junge Schriftsteller entrüstet ein, „dann möchte ich lieber in Zukunft auf jede Beisteuer verzichten und ganz auf eigenen Füßen stehen."

„Siehst Du, nun bist Du gleich wieder oben hinaus, wenn eine alte Person, die stets mütterlich gegen Dich gehandelt hat, einmal spricht, wie es ihr ums Herz ist. Sage, mein Junge, von was gedenkst Du denn eigentlich zu leben und in Zukunft vielleicht einen Hausstand zu gründen, wenn ich meine Hand wirklich zurückziehen wollte? Rechnest Du vielleicht darauf, mich sobald schon zu beerben?"

„Du wirst ernstlich beleidigend, Tante Agnes! Ich schmeichelte mir bisher, Du hättest Deinen Neffen von einer besseren Seite kennen gelernt, als daß Du ihm eine solche Herzlosigkeit zutrauen könntest," sagte Oswald aufstehend.

„Halt! Ich bin noch nicht zu Ende, mein Lieber. Ja, hierin hast Du recht. Von einer besseren Seite habe ich Dich stets gekannt, und es ist das erste Mal, daß ich einen solchen Ton gegen Dich anschlagen muß. Aber ich halte es für meine Pflicht, denn Du bist auf Abwege gerathen, und ich bin die einzige, der eine Befugniß zusteht, Dich vor solchen zu warnen. Glaube mir, ich meine es herzlich gut mit Dir, wenn Du es gleich nicht einsehen willst. Deine unglückselige Schriftstellerei ist leider nicht das einzige, was ich an Dir jetzt zu beanstanden habe. Ich fürchte vielmehr, wir zwei werden heute noch ein anderes Sträußchen miteinander zu pflücken haben. Sage mir doch einmal aufrichtig, hast Du wohl das Theater in letzter Zeit recht fleißig besucht?"

Der junge Mann sah die Tante bei dieser, wie es ihm schien, vom Zaune gerissenen Frage erstaunt an und erwiderte unwillig:

„Worauf soll diese Bemerkung abzielen? Muß ich darüber auch noch Rechenschaft geben?"

„Nur nicht immer gleich aufbrausen, Oswaldchen! Du hast wahrhaftig keine Ursache dazu! Ich bin nicht so unvernünftig, einem Mann in Deinem Alter zuzumuthen, daß er mir seine Ausgaben haarklein vorrechnet. Ein Baron Fronhofen muß standesgemäß leben, und dazu gehört, daß er sich in der Welt, das heißt in der feineren Gesellschaft sehen läßt. Wenn sich aber das Interesse für die Bühne bis auf den vertrauten Verkehr mit den weiblichen Angehörigen derselben in ihren Privatgemächern erstreckt, so kann ich das unmöglich gut heißen. Wie ich während der gestern und heute meinen Bekannten abgestatteten Besuche in Erfahrung gebracht habe, wäre es bereits stadtbekannt, daß Du in dem Hause der Sängerin Blank als täglicher Gast aus- und eingehst. Ich möchte darum doch gern von Dir selbst hören, wieviel von diesem Gerede auf Wahrheit beruht?"

„Cora erfreut sich eines so fleckenlosen Rufes, daß der Umgang mit ihr zu keinem Bedenken Anlaß geben kann", sagte Oswald, dem dieses Examen nachgerade unleidlich zu werden begann.

„Cora? Also so weit sind wir schon? Bedienst Du Dich dem liebenswürdigen Theaterfräulein selbst gegenüber vielleicht auch dieser vertraulichen Anrede?" fragte die Baronesse sehr gereizt.

„Und wenn dem so wäre? entgegnete ihr Neffe. „Wenn das ebenso schöne als geistvolle Mädchen, das mir in Bezug auf die Verwerthung meiner jüngsten dramatischen Arbeit bereits einen großen Dienst geleistet hat, mir wirklich nahe genug stände, um eine vertrauliche Sprache von mir zu dulden?"

„Dann würde ich Dir ein entschiedenes „Bis hierher und nicht weiter!" zurufen", fiel die Tante entrüstet ein. „Ja, Oswald, ich würde Dir sagen, daß ich eine vorübergehende Verbindung mit einer Person dieses Schlages für unmoralisch, jeden Gedanken an ein ernstliches Bündniß aber für unsinnig und unwürdig eines Sprößlings altadeliger Ahnen halte!"

Nimm es mir nicht übel, Tante, wenn ich Dich darauf aufmerksam mache, daß Du einer Zeit angehörst, die über Standesbeschaffenheiten Ansichten hegte, welche jetzt — Gott sei Dank! — als überwundener Standpunkt gelten. Für mich entscheidet nicht der Beruf, sondern die Eigenart einer Person, und die Zeiten, in denen man jedes Mitglied der Bühne als moralisch verfehmt betrachten zu dürfen glaubte, sind glücklicherweise vorbeigegangen."

„Du vertheidigst ja Deine Theaterprinzessin mit einer Wärme, die mich in Erstaunen versetzt und einer besseren Sache werth wäre. Ich hoffe aber dennoch um Deiner Ehre und Deiner Familie willen, daß Du es nicht zum Aeußersten kommen lassen wirst. Das fehlte mir noch, eine solche Person zur

stütze) nahe an einander gerückt, die Winkelstützen mit den Doppelleitungen aber verhältnißmäßig weit auseinander gestellt werden. Die Einhaltung eines bestimmten, rechnungsmäßig festgestellten Stützenabstandes sei in der Praxis entbehrlich. Es bleibe dahin gestellt, ob in der Folge die Anbringung von Fernsprechverbindungen an Telegraphengestängen möglich sein werde. Gegenwärtig errichte die Reichs-Postverwaltung besondere Stangenreihen für die Fernsprechleitungen, um diese vor Lautübertragungen aus den Telegraphenleitungen zu schützen. Im Weiteren wandte sich der Redner gegen die durch den Telegraphen-Ingenieur Müller neuerdings wieder in Aufnahme gebrachte Theorie, daß das Mitsprechen durch direkte Stromübergänge aus einer (Einzel- oder Doppel-) Leitung über die Isolatoren, Stützen und Stangentheile in die andere Doppelleitung hervorgerufen wurde und wies durch eine Reihe von Versuchen an einem mit zwei Doppeleitungen aus Bronzedraht ausgerüsteten etwa 6 Meter langen Gestell das Unzutreffende dieser Auffassung nach. Es wurde gezeigt, daß bei hinreichender Näherung der beiden Doppelleitungen ein Mitsprechen zwischen denselben eintrat, und daß die Stärke der Lautübertragung sich nicht änderte, auch wenn durch besondere Vorkehrungen ein direkter Stromübergang von einer Doppelleitung (über die Isolatoren ꝛc.) zur andern verhindert wurde, daß dagegen das Mitsprechen sowohl durch die Vergrößerung des Abstandes zwischen den beiden Doppelleitungen als auch durch die Schirmwirkung einer zwischen die beiden Doppelleitungen eingeschobenen Blechtafel aufgehoben werden konnte. Zum Schluß wurde auch nachgewiesen, daß die von Müller gegebene Erklärung des von ihm beschriebenen Fundamentalversuchs nicht zutreffend ist, indem auch hierbei nicht direkt Stromüberleitung sondern eine Ladungserscheinung auftritt.

Vor den Söhnen des Kaisers und geladenen Kadetten fand am Mittwoch eine Vorstellung der „Minna von Barnhelm“ in Kroll's Theater statt, das bekanntlich sich noch in der Pacht der Intendantur der Königl. Schauspiele befindet.

An den Verein zur Besserung der Strafgefangenen in Berlin haben sich, wie in der Generalversammlung hervorgehoben wurde, im letzten Geschäftsjahr 4368 Strafentlassene um Fürsorge gewendet, darunter 937 Jugendliche. In Arbeit konnten gebracht werden 3517 und zwar als Schreiber, Buchhalter, Verkäufer, Aufseher und dergl. 83, als Handwerker 151, als Kutscher, Gärtner oder Hausdiener 139, als Fabrikarbeiter 109, als Erd- und Ziegelarbeiter 284 und als Landarbeiter 2741. Von den Untergebrachten waren ihrem früheren Beruf nach 66 Beamte, 734 Kaufleute und dergl., 788 Handwerker, 333 Hausdiener, Kutscher oder Gärtner und 1586 Arbeiter.

† **Verblüffende Wirkung einer „Liebkosung.“** Die „Köln. Ztg.“ erzählt aus S. Paulo (Brasilien): Ein deutscher Matrose, dessen Wiege in dem Theile des deutschen Vaterlandes steht, aus dem auch jener Kreuzfahrer stammt, der im fernen Palästina einen Türken vom Kopfe bis zum Sattelknopf mit einem Schwertstreich spaltete, kam dieser Tage in die Kirche Santo Antonio. Man war gerade dabei, eine Anzahl der Kirche geschenkter Gegenstände zu versteigern. Dem Matrosen, der sich unter das Publikum drängte, war die portugiesische Sprache des Versteigerers unverständlich und er drang deshalb in diesen, sich so auszudrücken, daß er ihn verstehen könne. Der Auktionator konnte dem natürlich nicht Folge geben und seine, nach südländischer Manier, sehr lebhaften Aeußerungen stimmten den deutschen Berserker so, daß er dem armen Versteigerer eine derbe Ohrfeige gab. Was war die Folge davon? Das ganze Publikum nahm Reißaus und erstaunt sah sich der Matrose alsbald ganz allein in dem großen Raume, den er darauf unbehelligt verließ.

† **Ueber Alexander Dumas' Krankheit** bringt der „Figaro“ vom 26. d. M. folgende nähere Mittheilungen: Das Leiden des Meisters begann bereits Ende September in Puys. Dumas hatte Magenschmerzen und klagte über schlechte Verdauung. Er magerte ab und wurde zusehends schwächer. In Folge dessen stellten sich Gemüthsverstimmungen ein; Dumas wurde sehr verdrießlich und blickte trübe in die Zukunft. Er kehrte nach Marly-le-Roi zurück, aber das Leiden nahm seinen Fortgang. Er zog den Doktor Grouby zu Rathe, dessen seltsame Kuren bekannt sind, und es schien, als wenn sich der Zustand des Patienten besserte. Aber bald traten die früheren Erscheinungen wieder auf, und dazu gesellten sich sehr heftige neuralgische Schmerzen. Dumas kam nun nach Paris, und wir alle bemerkten seine Schwäche, seinen körperlichen Verfall. Trotz der innigen Bitten seiner Umgebung wollte er durchaus der Enthüllung des Augier-Denkmals beiwohnen; er hielt darauf, seine Freundschaft und seine Bewunderung für den Schriftsteller zu bekunden, dessen Erfolge ihn angeblich beunruhigt haben sollten. An jenem Sonntag — es sind gerade zehn Tage her — fuhr er von Marly in einem höchst leidenden Zustande ab. Noch bevor der Zug rangirt wurde, ließ der Stationsvorsteher Dumas einsteigen, damit er nicht über den Bahndamm zu gehen brauchte. Noch im Verlauf desselben Tages kehrte Dumas nach Marly zurück, da sich die neuralgischen Schmerzen bis zur Unerträglichkeit steigerten. Er litt furchtbar und ließ seinen Arzt in Marly, Dr. Baye, kommen, der ihm eine Morphiumeinspritzung machte. Am nächsten Tag stellten sich die Schmerzen von neuem ein. Es wurde eine zweite Morphiumeinspritzung gemacht und nun ließ die Familie den pariser Hausarzt, Dr. Charrier, kommen. Dieser konstatirte hochgradiges Fieber, welches ihn sehr beunruhigte. Er wünschte ein Konsilium mit Professor Dieulafoy über den Zustand Dumas' abzuhalten, aber der Kranke wollte davon nichts wissen. Erst als am Mittwoch die Prinzessin Mathilde in Marly erschien und den Dichter inständigst darum bat, gab er zu dem Consilium seine Einwilligung. Nach einer eingehenden gemeinschaftlichen Untersuchung Professor Dieulafoys, sowie der Doktoren Charrier und Baye gelangten sie zu der Ansicht, daß die neuralgischen Schmerzen symptomatischer Art seien — unseliger Weise hatte sich Dumas eigenmächtig auf dem Kopf kalte Kompressen gemacht, was seinen Zustand nur verschlimmerte. Man hat zuerst von acuter Gehirnentzündung gesprochen; das ist viel gesagt. Da Dumas das Bewußtsein fast völlig verloren hat, war eine Diagnose sehr schwer. Sicher ist das Hirn erkrankt; ob es sich aber um eine Gehirnentzündung, oder um eine Gehirnhautentzündung handelt, das ist noch die Frage. Selbstverständlich findet Dumas die aufopferndste Pflege. Seine Gemahlin und seine beiden Töchter, Madame Colette Dumas und Madame D'H ubertvetre sind beständig um ihn. Dumas Freund, Dr. Fabrence, an welchen die berühmte Anrede zu „la Femme de Claude“ gerichtet ist, eilte auf die Nachricht von der schweren Erkrankung des Meisters sofort von Poitiers nach Marly; Dumas schien ihn zu erkennen; es war wie ein momentanes Erwachen aus seiner Apathie. Er lächelte seiner Frau, seinen Töchtern und dem Freunde zu.“ Inzwischen ist Dumas, wie gemeldet, gestorben.

† **Ein sechsjähriger Knabe als Lebensretter.** Von der entschlossenen That eines sechsjährigen Knaben wird aus Blaringhem bei Hazebrouck (Frankreich) Folgendes gemeldet: Die Eheleute Leclercq ließen, während sie sich zur Arbeit aufs Feld begaben, ihre drei kleinen Kinder allein zu Hause. Als nun die 13 jährige Juliette das Feuer angezündet hatte, bemerkte sie, daß das Kamindach in Brand gerathen war. Gefolgt von ihrem sechsjährigen Brüderchen Prosper eilte sie hinaus und rief um Hilfe. Da fiel dem Kleinen plötzlich ein, daß sein Schwesterchen in der Wiege zurückgeblieben sei. Er eilte schleunigst in das Haus zurück. Weder der Rauch noch die Flammen konnten den braven Kleinen abhalten, bis zur Wiege des Schwesterchens vorzudringen. Er aber war zu klein und konnte das Kind in Folge dessen nicht erreichen. Entschlossen kletterte er nun auf das neben der Wiege stehende Bett und suchte so zu dem Kinde zu gelangen. Die Wiege gerieth hierdurch ins Schwanken, und fiel um und die beiden Kinder lagen auf dem Boden. Der kleine unerschrockene Held erhob sich alsbald wieder, ergriff sein Schwesterchen und schleifte es mehr als er es trug bis auf die Straße. Es war höchste Zeit; kaum einige Sekunden später stürzte das brennende Häuschen in sich zusammen. — Die zur Hilfeleistung herbeieilenden Nachbarn kamen gerade in dem Augenblick an, als das Rettungswerk dem muthigen Knaben gelungen war, der natürlich nunmehr der Gegenstand der allgemeinsten Ovation und von Allen geherzt und geküßt wurde.

† **Ueber eine Hochzeit in Dar es-Saalam** wird dem „B. L.-A.“ Folgendes berichtet: Seit mehreren Jahren befindet sich im Dienste der Deutsch-Ostafrikanischen Schutztruppe der Feldwebel Seidlitz, der Sohn eines General-Agenten aus Landsberg a. W. Bei einer Expedition wurde der Feldwebel nicht unerheblich verwundet so daß er aus dem aktiven Dienst ausscheiden mußte und als Militärbeamter in Dar-es-Salaam bezw. Kilwa eine Stellung erhielt. Der junge Mann war verlobt mit einer Tochter des Stadtrath Brahts zu Landsberg a. W. Die junge Dame hat im August die Reise nach Dar-es-Salaam angetreten, um sich mit ihrem Verlobten zu verheirathen. Sie reiste damals mit der Frau des bereits in Ostafrika weilenden Herrn v. Eberstein von Hamburg auf einem Wörmann-Dampfer ab und traf am 26. September in Dar es-Salaam ein. Bereits am nächsten Tage war die Hochzeit. Die kirchliche Einsegung fand in der evangelischen Kirche statt. An dem Hochzeitsmahl nahmen sämmtliche Militärs höherer Chargen, soweit sie nicht in anderen Garnisonen waren, theil, auch Dr. Bumiller befand sich unter ihnen.

† **Das größte Geschäft der Welt,** jedenfalls die größte Schlächterei besitzt unstreitig die Firma Armour u. Co. in Chicago und Kansas City. Sie schlachtete im Jahre 1893 nämlich 1 750 000 Schweine, 1 800 000 Stück Rindvieh und 525 000 Schafe, und beliefen sich ihre Verkäufe auf 102 Millionen Dollars. Sie beschäftigte 11 000 Leute, denen sie zusammen fast 6 Millionen Dollars Löhne zahlte. In den Schweineschlächtereien wurden täglich rund 5000 Borstenthiere verarbeitet, ebensoviel auch an Rindvieh. Im Winter wird diese Zahl noch gewaltig überboten.

† **Selbstmord durch Sprung von dem Fabrikschlote** verübte der zwanzigjährige Arbeiter Ruttpis der Zinkhütte in Merklin bei Prag. Bei der letzten Ablohnung hatte er einen Strafabzug von 6 Gulden erhalten, dessen Ersatz er vergebens dreimal schriftlich reklamirte. Endlich erschien er selbst in der Kanzlei, wo man ihn wieder abwies und entließ. Darauf zerschlug er in der Kanzlei, was ihm unter die Hände kam, und stürzte sich auf den Fabrikbesitzer und Hüttenmeister, die flüchten mußten. Wohl aus Furcht vor den Folgen seines Thuns kletterte er auf den 50 Meter hohen Schlot und sprang vor den Augen der ganzen angesammelten Arbeiterschaft sich mehrmals überschlagend, herab. Der Unglückliche blieb mit zerschmettertem Schädel und gebrochenen Gliedern todt liegen.

† **Vierfacher Familienmord.** Aus Nordhausen, 26. Nov. meldet man der „Volksztg.“: Der Getreidemakler Rudolf hat sich mit Frau, Sohn und Tochter vergiftet. Rudolf ist todt; die übrigen wurden sterbend in das Krankenhaus geschafft. Als Grund der That werden zerrüttete Vermögensverhältnisse und Nahrungssorgen angegeben.

† **Wegen Sittlichkeitsverbrechen an Schulkindern** wurde der verheirathete, 25 Jahre alte Lehrer Mühle in Krippen (gegenüber Schandau in Sachsen) von der vierten Strafkammer des Landgerichts Dresden zu acht Jahren Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust verurtheilt. Es waren sechszig Zeugen, darunter fünfzig Schulkinder, geladen.

† **„Kinder haben ihre Engel.“** Aus Eutin wird berichtet: Auf der Fahrt von Eutin nach Neustadt sprang eine Thür im Eisenbahnwagen, an welcher sich ein Kind zu schaffen machte, auf und das Kind stürzte aus dem Zuge. Der Vater des Kindes, Hofbesitzer Steiger auf Jasen, sprang nach: er verletzte sich dabei am Arm, so daß er dem Krankenhause in Neustadt übergeben wurde. Das Kind war unverletzt.

Standesamt der Stadt Posen

Vom 28. November wurden gemeldet:

Aufgebote:

Zeugfeldwebel Friedrich Brückmann mit Margarethe Mader.

Eheschließungen:

Feldwebel Otto Kaethner mit Margarethe Hopp.

Geburten:

Ein Sohn: Schneidermeister Karl Kretschmer. Kaufmann Julian von Bichowski. Eisenbahn-Bremser Franz Czechowski.

Eine Tochter: Königl. Steuer-Aufseher Karl Reichow. Regierungs-Kanzlist Wilhelm Fietz. Gerichts-Kanzlist Otto Faschin. Unv. B.

Sterbefälle:

Stanislawa Pietrzak 5 Woch. Unv. Wanda Matuszewski 54 J. Arbeiter Stanislaus Stubiszynski 36 J.

[Wieder naht das Weihnachtsfest] und allerorten beginnt jene rege Thätigkeit der Geschenkbeschaffung, die in ihrer geheimnißvollen Ausübung so unendlich viel Freuden in sich birgt. Gilt es doch, den Lieben und Nahestehenden eine glückliche Stunde zu bereiten und mehr als das, ihnen etwas darzubringen, das immer wieder das Gedächtniß erweckt an den strahlenden Lichterbaum und den freundlichen Geber. Aber wo so Vieles verlockend sich darbietet, wo nicht immer bestimmt ausgesprochene Neigungen die Wahl des Geschenkes erleichtern, da ist es doppelt willkommen, etwas Originelles zu finden, das anziehend, nützlich, stattlich, von dauerndem Werthe und bei allen diesen Vorzügen doch von geringem Preis ist. Das sind die neu erschienenen „Lexikalischen Zwillinge“ des unermüdlich thätigen Professor Joseph Kürschner. Nicht nur, daß er sein „Universal Konversations-Lexikon“ abermals bereichert neu herausgegeben hat, geschmückt neben der Ueberfülle der schwarzen Illustrationen, nun auch noch mit 16 Tafeln in farbiger Lithographie ausgeführten 455 Abbildungen, hat er zugleich ein Gegenstück in einem „Welt-Sprachen-Lexikon“ geschaffen, das vereint mit jenem, wirklich eine ganze Bibliothek ersetzt und als ein Geschenk von höchstem Werthe und empfehlenswerth thatsächlich für Jeden: Jung oder Alt, für jedes Geschlecht und jeden Stand mit bestem Gewissen empfohlen werden kann. Uns freut es besonders, mittheilen zu können, daß wir uns von dem Verlage dieser prächtigen Bücher, Hermann Hillger in Berlin, das Recht des ausschließlichen Vertriebes für die Provinz Posen sichern werden, und so unseren Lesern wieder etwas Besonderes zu bieten in der angenehmen Lage sind. Demnächst ein Weiteres!

Nichte zu bekommen! Wenn Du je Deiner alten Tante, wenn Du dem freiherrlich von Fronhofenschen Wappenschilde diesen Schimpf anthun könntest — höre Oswald — — ich — — wüßte nicht, was ich thäte!“

Die Entrüstung der alten Dame steigerte sich, während sie diese Worte sprach, zu einem immer höheren Grade, und ihr Neffe hielt es für gerathen, diese Szene abzubrechen. Er nahm deshalb seinen Hut und reichte nach einigem Zögern der Baronesse die Hand.

„Laß uns in Frieden scheiden, liebe Tante!“ bemühte er sich, in möglichst gelassenem Ton zu sagen. „Diejenige, die ich zu meiner Gattin wähle, wird unserem Hause keine Schande bringen.“

„Nicht wahr, Oswaldchen, Du wirst Dich aus der gefährlichen Nähe zurückziehen?“ bat jene, halbwegs durch das maßvolle Verhalten des Neffen versöhnt. „Willst Du mir das versprechen?“

„Ein Mann von Ehre verspricht nur das, was er für alle Zeit halten kann“, entgegnete der junge Schriftsteller. „Ohne Weiteres den Verkehr mit der Künstlerin abzubrechen, ist mir unter den obwaltenden Umständen unmöglich.“

(Fortsetzung folgt.

Vom Büchertisch.

* Handbuch für Mitglieder der Kreisausschüsse in der Provinz Posen. Von R. Bartolomäus, Amtsrichter und Mitglied des Kreisausschusses des Kreises Schmiegel. Posen. W. Decker u. Co., Hofbuchdruckerei. 1895. 2,50 M. Seitdem die Gesetze zur Mitwirkung bei den Geschäften der Behörden neben den Beamten Nichtbeamte (die sog. Laien) berufen, macht sich der Uebelstand überall sehr deutlich bemerklich, daß diese Mitglieder jener Behörden (der Schwurgerichte, Schöffengerichte, Kreisausschüsse, Bezirksausschüsse u. a.) nur in den seltensten Fällen die Gesetze lesen, deren sie zur sachgemäßen Handhabung der ihnen gegebenen Rechte und Pflichten bedürfen. Die meisten glauben, mit ihrer bisher gewonnenen Lebenserfahrung und Menschenkenntniß vollständig auszureichen. Wenn auch einem handgreiflichen Schaden oft durch die Beamtenmitglieder, welche mit dem Gesetz bekannt sind, und schließlich durch die oberen Instanzen vorgebeugt wird, so ist doch der Hauptzweck der neuen Organisation auf diese Weise durchaus nicht zu erreichen, nämlich der, daß das geschriebene Recht in das Bewußtsein des Volkes, nicht nur gewisser Berufsstände, eindringe und sich eine Rechtsübung bilde, welche auf Gesetzkenntniß beruht und nicht die Mängel der gewohnheitsmäßigen Gesetzhandhabung besitzt, die stets denjenigen durch einen Beamtenstand anhaften werden. Nur dadurch, daß sich die verschiedenartigen Bestandtheile jener Behörden in dem Gesetz und dessen Grundsätzen vereinigen, kann eine dauernde, segensreiche Zusammenwirkung stattfinden. Allerdings liegt diesem Mißstande zunächst eine nicht unrichtige Abneigung der Nichtbeamten zu Grunde, sich auf ein ungewohntes Gebiet, das der Gesetzkenntniß, herauszuwagen; aber eben diese Abneigung muß durchaus überwunden werden. Mit dem sog. „gesunden Menschenverstand“, d. h. in den meisten Fällen, einer durch Sachkenntniß unbeeinflußten Subjektivität, ist in unsern schwierigen staatlichen und rechtlichen Verhältnissen nur noch bei den untersten Schichten etwas brauchbares zu liefern. Der wirkliche „gesunde Menschenverstand“ kann jetzt der sachlichen Kenntnisse nicht mehr entrathen, wenn er sich auch einseitigen Lernens zu enthalten hat, um zu bleiben, was er ist. „Das bestehende Gesetz, nicht das nach Ansicht des Richters zweckmäßige Gesetz“ soll angewandt werden, sagt das Oberverwaltungsgericht (Entsch. Bd. VI. S. 40); nicht das Gesetz, welches sich das betreffende Mitglied wünscht, sondern das Gesetz, welches gilt, es anzuwenden. Ferner aber ist auch ein bedauerlicher Mangel an brauchbaren, handlichen Büchern eine Hauptursache, daß den Nichtbeamtenmitgliedern der Behörden die Gesetze so oft ein verschlossenes Buch bleiben; Foliánten zu lesen, haben sie weder Zeit noch Beruf. Mit vorliegendem Buche hat nun Verfasser auf dem Gebiete des so wichtigen Verfahrens vor dem Kreisausschusse — das sich in der Provinz Posen wesentlich von dem anderer Provinzen, namentlich in der Art der Zusammensetzung der Kreisausschüsse selbst, unterscheidet — das eine große Zahl von Verhältnissen des Lebens eingreift, jenem Mangel abzuhelfen, versucht, zugleich das Seinige für Verbreitung der Gesetzkenntniß zu thun. So weit sie das Verfahren vor dem Kreisausschusse betreffen, werden die Gesetze vom 19. Mai 1889, vom 30. Juli und 1. August 1883 — über die allgemeine Landesverwaltung und Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden in der Provinz Posen — über die allgemeine Landesverwaltung — über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden — nebst Geschäftsregulativ, geboten. Alle einschlägigen Gesetzbestimmungen sind in den Text wörtlich eingeschaltet; in Anmerkungen ist auf die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, unter Inhaltsangabe, bis auf die neueste Zeit, sowie auf erläuternde Gesetze, Schriften und Ansichten verwiesen, alles in möglichster Kürze mit Angabe, wo ein Mehreres zu finden. Das Ganze enthält 94 Seiten, daran schließt sich ein ausführliches Sachregister; es muß allen denen empfohlen werden, welche in den Kreisausschüssen der Provinz Posen vor ihnen oder mit ihnen zu verhandeln haben. Die Nichtbeamtenmitglieder werden das Gesetz mit der Auslegung des obersten Gerichtshofes, die übrigen Mitglieder, die Anwälte, die Polizeibehörden in jedem Falle einen Weg finden, auf dem sie sich weitere Sachkunde verschaffen können.
M. v. E.

* „Mutter — erzählen!“ 51 Geschichten für unsere Kleinen, von F. v. Stenglin. 2. Auflage. Verlag der deutschen Schriftstellergenossenschaft, Berlin. Preis 80 Pf. Soeben erscheint die zweite Auflage dieses Erzählbuches für Mütter und Erzieherinnen mit seinen kurzen, ernsten und heiteren Geschichten aus dem Leben des Kindes und der Thierwelt. Die Geschichten vom Ziegenbock und Kranich, vom Zirkus, vom Puppentheater, vom Hund Schnauz u. s. w. werden sicher auch in diesem Jahr wieder das Entzücken der Kinderwelt bilden.

Morgen-Ausgabe.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerberstr.- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: C. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde von 9—11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 103.

Nr. 834

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 29. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Bestellungen

für den Monat Dezember auf die **dreimal täglich** erscheinende **„Posener Zeitung“** nehmen alle Reichspostämter zum Preise von 1 Mark 82 Pf., sowie sämmtliche Ausgabestellen in der Stadt Posen und die Expedition der Zeitung zum Preise von 1 Mark 50 Pf. an.

Neu eintretenden Abonnenten liefern wir auf Verlangen den Anfang des Romans „Standesgemäß“ gegen Einsendung der Abonnementsquittung gratis und franko nach.

Sozialpolitische Umschau.

Nach der Ansicht eines ausländischen Beurtheilers unserer sozialen Gesetzgebung hat dieselbe Aufgaben erfüllt, gegen die alle Menschenkraft und Staatsgewalt machtlos zu sein schien. Wer jedoch die Wirkung dieser Gesetzgebung näher betrachtet, der wird auch manche Mängel derselben bald kennen lernen. Diese Mängel ergeben sich ganz natürlich aus den Verhältnissen, welche der Gesetzgeber vorfand. Die Aufgabe war zu groß und zu neu, um dieselbe ohne jeden Irrthum zu lösen. Die Erfahrung muß bessern, was im Anfang versehen ist. In der That sind die Vorschläge zur Umgestaltung der großen Arbeiterversicherungsgesetze in neuerer Zeit so zahlreich geworden, daß man einen starken Band mit ihnen füllen und mit der Literatur über diese Fragen eine kleine Bibliothek anlegen könnte.

Sicherlich werden die zahlreichen neueren Vorschläge über Beseitigung der Klebepflicht, Einheitsrente ꝛc. in der kommenden Session auch den Reichstag beschäftigen. Wie dieser sich zu den unzweifelhaft schwierigen Fragen der Revision unserer Arbeiterversicherung stellen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Thatsache ist jedoch, daß alle Parteien die Nothwendigkeit der Abänderung anerkennen. Es wird sich auch hier darum handeln, ein kluges Uebereinkommen zu treffen, nach Prüfung der gemachten Erfahrungen den richtigen Weg mit Einsicht und ohne Parteileidenschaft zu wählen. Nachdem die großen Versicherungsgesetze einmal geschaffen sind, ist ihre Beseitigung unmöglich geworden; um so mehr Eifer und guten Willen soll man daher auf ihre Verbesserung verwenden. Daß diese so schwierig ist, liegt, wie schon angedeutet, in der Größe und Eigenartigkeit der Aufgabe und nicht zum geringsten Theil auch darin, daß Deutschland mit der Lösung derselben völlig unbetretene Pfade beschritten hat. Für unsere Arbeiterversicherung gab es kein Beispiel in der Geschichte. Noch heute sind wir in dieser Beziehung auf uns allein angewiesen: wir können uns nicht die Erfahrungen anderer Staaten zum Vorbild nehmen, denn diese sind in ihrer sozialen Gesetzgebung leider noch immer weit hinter uns zurück geblieben. Der soziale Fortschritt vollzieht sich in ihnen nur sehr langsam und zögernd.

In Oesterreich giebt es allerdings eine ähnlich wie die unsere gestellte Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter, aber in Beziehung auf eine Alters- und Invaliditätsversicherung ist die dortige Regierung seit Jahren über Studien nicht hinausgekommen. In Ungarn besteht nicht einmal eine Unfallversicherung, doch plant man dieselbe, und es ist Hoffnung vorhanden, daß die Ausführung des Gedankens bereits in nächster Zeit gelingen wird. Auch in Italien ist es bisher trotz theilweise energischer Bemühungen aus dem Volke heraus nicht gelungen, die Regierung auf den Weg einer ernsten Sozialgesetzgebung zu drängen. Dagegen sind in allen anderen größeren festländischen Staaten und selbst in Rußland Ansätze zu derartiger Gesetzgebung großen Stils vorhanden; nirgends ist man jedoch soweit fortgeschritten, daß Deutschland beim Ausbau seiner Arbeiterversicherung viel lernen könnte.

Es ist aber nicht nur aus Menschlichkeit, sondern auch im Interesse unseres Handels zu wünschen, daß die sozialpolitische Entwickelung in anderen Kulturstaaten etwas schneller als bisher vor sich gehen möge. Die Lasten, welche unsere gesammte Erwerbsthätigkeit durch die Versicherungsgesetze zu tragen hat, sind außerordentlich. Die deutsche Krankenversicherung besaß 1893 ein Vermögen von fast 84 Millionen Mark und zahlte 126 Millionen Mark aus. Ein Jahr später besaß die deutsche Unfallversicherung 132 Millionen; die Alters- und Invaliditätsversicherung hatte 1894 fast 110 Millionen Einnahme, 25 Millionen Ausgabe und ein Vermögen von 329 Millionen, zu denen das Reich außerdem noch 14 Millionen Zuschuß leistete. Solche gewaltige Summen müssen auf den Preis der deutschen Waare natürlich abgewälzt oder durch glänzende Technik und besondere Arbeits- und Charaktertüchtigkeit in ihrer Wirkung auf Konkurrenzfähigkeit und Waarenpreis ausgeglichen werden. Immerhin spielen derartige ein Volk belastende Summen im weltwirthschaftlichen Verkehr eine Rolle. Je kräftiger aber und tüchtiger die arbeitenden Klassen unseres Volkes sind, je höher bemißt sich auch unsere industrielle Leistungsfähigkeit. Es ist daher nicht zu billigen, wenn die Ausdehnung der Sozialversicherung von einzelnen Kreisen unseres Volkes davon abhängig gemacht wird, daß ihnen bestimmte politische Forderungen gewährt werden. So hat der Vorstand des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands kürzlich abermals beschlossen, bei dem Reichstage dahin vorstellig zu werden, er möge die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Kleingewerbe erst dann genehmigen, wenn die Zwangsorganisation des Handwerks im Sinne der Innungen gesichert sei. Die Innungen verlangen bekanntlich die obligatorische Fachinnung mit Befähigungsnachweis ꝛc. Ein jetzt an den Bundesrath gelangter Gesetzentwurf der Reichsregierung will jedoch nur Handwerkerkammern errichten, in denen allen Handwerkern, also auch denen, die nicht Mitglieder einer Innung sind, Sitz und Stimme eingeräumt wird. Auf anderen Gebieten kann man jedoch dem Handwerk mehr entgegenkommen. So haben die alljährlich wiederholten Klagen über die Gefängnißarbeit die preußische Regierung veranlaßt, Untersuchungen über den Einfluß derselben anzustellen. Man darf wohl erwarten, daß etwaige Schäden hier bald beseitigt und die Gefängnißbehörden angewiesen werden, die Arbeitskraft der Gefangenen nicht ferner zum erheblichen Nachtheil eines handwerksmäßig oder industriell betriebenen Erwerbszweiges zu verwerthen. Für die Maschinenstrickerei, einer seit langen Jahren von der Gefangenenarbeit ungünstig beeinflußten Industrie, haben die preußischen Minister des Innern und der Justiz vor kurzem die Anordnung getroffen, daß die Arbeit auf Strickmaschinen für Privatunternehmer in Gefängnissen nach Möglichkeit eingeschränkt werden soll. Wo diese Beschäftigung in den Strafanstalten nicht zu vermeiden, da soll wenigstens die Höhe der von den Unternehmern zu zahlenden Lohnsätze zu der Bezahlung der freien Arbeiter in einem angemessenen Verhältniß stehen. Es ist billig und zu wünschen, daß eine derartige Anschauung auch zum Vortheil anderer Erwerbszweige, soweit diese von der Gefangenarbeit erheblicher beeinflußt werden, zur Anwendung gebracht wird.

Von anderen sozialen Fragen und Aufgaben nehmen die in letzter Zeit häufiger werdenden Forderungen nach einer gründlichen Umgestaltung unseres Wohnungswesens die öffentliche Aufmerksamkeit in hervorragender Weise in Anspruch. Lehrreiche Aufschlüsse über die gegenwärtig auf dem Gebiet des Wohnungswesens herrschenden und vielfach ohne Zweifel sehr verbesserungsbedürftigen Zustände erwartet man von einer zahlenmäßigen Untersuchung, die in einer größeren Anzahl deutscher Städte mit der anfangs Dezember stattfindenden Volkszählung verbunden werden soll. Diese Untersuchung soll die Zahl der bewohnten Räume, ihre Größe und hygienischen Verhältnisse klarlegen, um in einzelnen Städten als Grundlage für wohlfahrtspolizeiliche Maßregeln zu dienen.

Deutschland.

* **Posen,** 28. Nov. Die Stellung, welche die staatlichen Schulorgane gegenwärtig zu den Gemeindebehörden einnehmen, erfährt durch folgendes, von der „Preuß. Lehrerztg.“ mitgetheiltes Ereigniß eine charakteristische Beleuchtung. In Marggrabowo in Ostpr. wurde ein Lehrer wegen Krankheit auf ein halbes Jahr beurlaubt. Für seine Vertretung wurden vom Magistrat auf Vorschlag der Schuldeputation 600 M. bewilligt und die Anstellung eines Vertreters vorgesehen. Der königl. Kreisschulinspektor erblickte darin indessen eine erhebliche Belastung der Gemeinde und regelte die Vertretung durch Zusammenlegung der oberen Schulklassen. Eine Beschwerde des Magistrats bei der Regierung zu Gumbinnen erfolglos. Die betroffenen Lehrer wollen sich, wie mitgetheilt wird, nunmehr an den Kultusminister wenden. Jedenfalls zeigt dieses Vorkommniß deutlich genug, daß die nachgeordneten Organe die Methode, nach der gegenwärtig von der Centralstelle verfahren wird, schnell genug sich angeeignet haben. Den Gemeinden bleibt im besten Falle das Recht zu zahlen, und, wie hier, auch das noch nicht immer.

□ **Berlin,** 27. Nov. [Speicheranlage in Berlin.] Seit Jahrzehnten gehört es zu den berechtigten Klagen der Berliner Handelswelt wie überhaupt des deutschen Großhandels, daß die hiesigen Ladeverhältnisse an den Schifffahrtsstraßen im höchsten Maße ungenügend sind. Dem sehr bedeutenden Schiffsverkehr auf den märkischen Wasserstraßen mit Berlin als Centrum stehen nur ganz mangelhafte Speicheranlagen zur Verfügung, die sämmtlich in Privathänden sind, und die wegen Fehlens von Eisenbahnverbindungen eine ärgerliche Vertheuerung der lagernden Waaren mit sich bringen. Diese Mißstände kennt und beklagt jeder Vernünftige. Jetzt endlich soll für Berlin das geschehen, was andere Handelsplätze, Mannheim, Mainz, Köln, Düsseldorf, Magdeburg u. s. w., seit Jahren schon durchgesetzt haben; es sollen brauchbare Speicheranlagen an der Oberspree hergestellt und mit den modernen Hilfsmitteln der Technik ausgestattet werden, eine Sache, die durchaus nicht mit dem Aplomp eines weltstädtischen Uebermuths auftritt. Vielmehr hält sich der Plan in noch ziemlich bescheidenen Grenzen, und auch die Kosten sind nicht gar zu hoch; sie sollen nur etwa neun Millionen Mark betragen. Diese Summe wird aber seitens des Aeltesten-Kollegiums der Kaufmannschaft nicht einmal von der Staatsregierung erbeten, sondern die Kaufmannschaft selber will das Geld aufbringen und wünscht im Wesentlichen nur eine Zinsgarantie während der Bauzeit und der Uebergangsjahre. Was die Regierung für Eisenbahnanschlüsse ꝛc. herzugeben hätte, das würde sich selbstverständlich mehr als ausreichend verzinsen. Heute, wo so ziemlich Alles im öffentlichen Leben um die agrarischen Beschwerden oszillirt, macht es sich ganz von selber, daß das Aeltestenkollegium die Vortheile der verbesserten Lagerungs- und Lösch-Einrichtungen auch für die Landwirthschaft betont hat. Mit Recht ist in der Denkschrift hervorgehoben worden, daß mit Hilfe eines solchen Lagerhofes im großen Stile die von den Agrariern seit Jahren ausgesprochene Forderung erfüllt werden würde, daß das an der Börse angekündigte Getreide vor der Kündigung auf seine Lieferfähigkeit geprüft und damit einem großen Unfug gesteuert werden soll, der seit Jahren bei den Kündigungen in preisdrückender Tendenz verübt worden ist. Man sollte meinen, daß beispielsweise die „Kreuzzeitung“, die jene Uebelstände mit Fug und Recht immer beklagt hat, über die beabsichtigte Aenderung hocherfreut sein müßte. Aber das Blatt und seine Hintermänner sind unberechenbar. Die wohlgemeinten Reformvorschläge des Aeltestenkollegiums und ihre Begründung sind dem konservativen Blatte nur „Sand in die Augen“. Nicht einen Dienst für die heimische Landwirthschaft, sondern das Gegentheil davon erwartet die „Kreuzzeitung“ von der Speicheranlage, die nur dem ausländischen Getreide und der Börse den Hauptnutzen gewähren würde. Die heimische Landwirthschaft habe kein Interesse daran, daß hier mit staatlicher oder städtischer Unterstützung etwa 5000 Tonnen fremden Getreides lagern, die eine ständige Gefahr für die Preisbildung des heimischen Produkts bilden würden. Es ist unmöglich, die Dinge verkehrter darzustellen, als es hier in der „Kreuzzeitung“ geschieht. Aber die vollkommen falsche Darstellung ist gleichwohl sehr ernst zu nehmen, weil man weiß, welchen Gewichts sich derartige konservative Bedenken zu erfreuen pflegen. Die Regierung wird bereits verwarnt, den von der „Kreuzztg.“ entwickelten Gesichtspunkt nur ja nicht außer Acht zu lassen. Es ist durchaus nicht undenkbar, daß eine entsprechende Vorlage an den Landtag das Schicksal des Dortmund-Rheinkanalprojekts haben und an dem agrarischen Mißtrauen scheitern würde.

— Entgegen einer auch von uns wiedergegebenen Mittheilung behauptet die „Post“, die Eröffnung des Reichstags und Verlesung der Thronrede werde diesmal nicht durch den Kaiser in Person erfolgen.

— Fürst Bismarck wird, wie aus Friedrichsruh mitgetheilt wird, am Freitag, 29. d. Mts., eine Abordnung der Berliner Akademie der Künste empfangen. Die Deputation kommt unter Führung des Präsidenten Geh. Rath Professor Ende, um dem Fürsten die von Professor Geselschap meisterhaft ausgeführte Adresse zu überreichen. Bekanntlich war Fürst Bismarck zu seinem 80. Geburtstage zum Ehrenmitgliede der Akademie der Künste ernannt worden. — Fürst Bismarck hat die ihm angetragene Ehrenmitgliedschaft des deutschen Bundes für Sport, Spiel und Turnen angenommen.

— Ein Berliner Blatt will wissen, daß die Stellung des preußischen Ministers des Innern, Herrn von Köller stark erschüttert sei. Man spreche nicht nur von starken Differenzen, die zwischen Herrn von Köller und anderen Mitgliedern des Staatsministeriums bestehen und in der letzten Zeit sich besonders fühlbar gemacht haben, sondern es verlaute auch, daß das auf Herrn von Köller zurückgeführte Vorgehen gegen die akademische Lehrfreiheit, insbesondere die Erhebung der Anklage gegen einen Mann von so bekannter königstreuer und konservativer Gesinnung, wie Professor Hans Delbrück, an maßgebendster Stelle keinen Beifall gefunden habe.

— Dem Vernehmen der „Berl. Pol. Nachr.“ nach liegt es in der Absicht, künftig auch Lieutenants der Infanterie zur Technischen Hochschule zu kommandiren. Der nächstjährige Reichshaushaltsetat dürfte zum ersten Male eine Forderung enthalten, welche die Ausführung dieser Absicht ermöglicht.

— Eine große Stöcker-Demonstration will man in den Kreisen der Anhänger des „zweiten Luther“ am 11. Dezember veranstalten, weil an diesem Tage der Vater der

„Berliner Bewegung" sechzig Jahre alt wird. Bei dieser Gelegenheit wird man sehen, ob und in wie weit sich die konservativen parlamentarischen Fraktionen noch um Herrn Stöcker „schaaren" werden.

— Die „Allgemeine Versicherungs-Presse" schreibt: Wie wir New Yorker Mittheilungen entnehmen, werden dort mehrfache Repressalien gegen dort arbeitende deutsche resp. preußische Versicherungs-Gesellschaften geplant, und zwar als Repressalien gegen den Ausschluß der drei großen amerikanischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaften aus Preußen. Einerseits will man in New-York die Zulassung deutscher Gesellschaften dadurch erschweren, daß man die zu hinterlegende Staats-Kaution erhöht, andererseits will man den ausländischen Versicherungs-Gesellschaften eine Prohibitivsteuer von 10 pCt. auferlegen — und drittens will man auch auf anderem Gebiet, als auf dem der Assekuranz, Wiedervergeltung wegen der Behandlung der drei großen New-Yorker Lebens-Versicherungs-Gesellschaften anbahnen. Dem Kongreß soll ein Gesetz Entwurf vorgelegt werden, welcher den deutschen Zucker vom amerikanischen Markt so gut wie ausschließt. Derartige Repressalien waren vorauszusehen, und man wird nun den Verlauf der Dinge abwarten müssen. Vor der Hand hat die „Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft" noch nicht die Bewilligung zum Geschäftsbetriebe in New-York erhalten. Sie besitzt dort ein ziemlich starkes Portefeuille, welches sie auf dem Wege der Rückversicherung von englischen und amerikanischen Gesellschaften erworben hat. Es ist fraglich, ob ihr unter gegenwärtigen Umständen überhaupt die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe ertheilt werden wird zu Bedingungen, welche ihr noch genehm sein möchten. Auch die übrigen deutschen Gesellschaften leiden unter der Stimmung, welche die New Yorker Bevölkerung und speziell die New Yorker Handelswelt beherrscht, denn der Ausschluß der drei großen amerikanischen Gesellschaften aus Preußen hat dort großen Staub aufgewirbelt und beschäftigt die ganze dortige Handelswelt in großem Maßstabe.

— Der Abgeordnete Rickert hat an die Danziger Stadtverordneten-Versammlung ein Dankschreiben für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts gerichtet, welches am Dienstag zur Verlesung kam. Bei dieser Gelegenheit gab auch Oberbürgermeister Dr. Baumbach eine Erklärung ab, um seine Haltung in der Rickert'schen Ehrenbürgersache zu rechtfertigen. Baumbach wies nochmals energisch die Behauptung zurück, er habe beim Oberpräsidenten gelegentlich einer Unterredung über das Kaiser Wilhelm-Denkmal, in dieser Sache intriguirt, indem er letzteren auf einen angeblichen Formfehler bei der Verleihung des Ehrenbürgerrechts aufmerksam machte. Baumbach erklärt, von diesem Formfehler gar nichts gewußt zu haben; er führte weiter aus:

Weiter ist behauptet worden, ich hätte dem Herrn Oberpräsidenten in jenem Gespräch die Stadtverordneten-Versammlung gewissermaßen denuncirt, weil sie mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts einen politischen Akt vollzogen habe, und ich soll sogar das Kaiser Wilhelm-Denkmal nur als Vorwand gebraucht haben, um Sr. Excellenz diese Mittheilung machen zu können. Das ist erst recht nicht wahr. Ich habe nur beiläufig erwähnt, daß ich in der Denkmalssache die städtischen Behörden nicht engagiren könne, um so weniger, als ich zu meinem Bedauern augenblicklich mit der Stadtverordneten-Versammlung nicht in vollem Einverständniß wegen der Rickertschen Ehrenbürgersache mich befande. Ich war zu der Annahme berechtigt, und habe diese Annahme dem Herrn Oberpräsidenten gegenüber auch Ausdruck gegeben, daß derselbe bereits von meiner Abstimmung am 31. v. M. und von deren Motivirung Kenntniß habe, da dies sofort nach der Sitzung in der Bürgerschaft bekannt geworden war. Meine Herrn, ich bin zwar fest überzeugt, daß in dieser ehrenwerthen Versammlung Niemand ist, der mir eine solche Handlungsweise zutrauen wird, wie sie mir untergelegt worden ist. Aber ich habe es doch für geboten erachtet, den Herren Stadtverordneten gegenüber mich offen über diese Sache auszusprechen, um auch dem Versuch vorzubeugen, durch solchen Klatsch das gute Einvernehmen zwischen der Stadtverordneten-Versammlung und mir zu stören, auf das ich in der That hohen Werth lege und ohne das ein gedeihliches Zusammenwirken nicht möglich wäre."

Die Stadtverordneten-Versammlung nahm diese Erklärung schweigend hin. — Die Erklärung enthält insofern einen Widerspruch, als Herr Dr. Baumbach dem Oberpräsidenten selbst zugestand, er befände sich mit der Stadtverordnetenversammlung nicht im vollen Einverständniß, während er an anderer Stelle von dem „guten Einvernehmen" zwischen den Stadtverordneten und ihm spricht.

— Die Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreis Stadt Köln für den verstorbenen Centrumsabgeordneten Greiß ist auf den 13 Januar anberaumt; die Landtags-Ersatzwahl aus gleichem Anlaß auf den 10. Februar.

— Die Breslauer Studentenschaft beabsichtigt, dem Kaiser bei seiner demnächstigen Anwesenheit in Breslau einen Festkommers anzubieten. Die Initiative hierzu ergriff die Vertretung der nichtinkorporirten Studentenschaft.

— Der dänische Schauspieler Marx hat, wie dänische Zeitungen berichten, beim Ministerium des Aeußern in Kopenhagen Schritte gethan, um durch Vermittelung desselben Schadenersatz für die angeblich unschuldig erlittene Untersuchungshaft von der deutschen Regierung zu erwirken. Marx war bekanntlich unter dem Verdacht der Majestätsbeleidigung verhaftet, dann aber freigesprochen worden. — Dem Wanderlehrer Caspar Jensen, der im Sundevitt in dänisch gesinnten Familien Privatstunden gab, ist von der Regierung in Schleswig verboten worden, Privatunterricht zu ertheilen.

Rußland und Polen.

* Die „Nowoje Wremja" äußert sich über die orientalische Frage dahin, dieselbe sei weit „mehr eine russische als eine armenische". Das Blatt schreibt:

„Kein Russe zweifle daran, daß die orientalische Frage „nicht anders, als durch Rußland und nach seinem Plane gelöst werden muß." Nicht um ein Uebereinkommen der Mächte handle es sich, sondern darum, ein solches, das nur den Zweck hätte, die politische Aktionskraft zu paralysiren, im Keime aufzuhalten und zu ersticken. Rußland könne durch eine wohlwollende Leitung der türkischen Regierung die ganze armenische „Tragikomödie" beilegen. Rußland habe keine Ursache, die Lösung der orientalischen Frage zu beschleunigen, die Frucht reife ohnehin heran; man habe nur die „allmähliche unablässige Bewegung Rußlands zu dem Schwarzen Meere und zu den Meerengen" in Erwägung zu ziehen, eine Bewegung, die aufzuhalten nicht einmal in der russischen Macht liege, und auch von den Rivalen als natürlich und daher auch rechtmäßig anerkannt werde."

Entspricht die Auslassung dieses Blattes auch nur theilweise der Stimmung in leitenden russischen Kreisen, dann dürfte es mit dem vielgerühmten „Einvernehmen" der Großmächte bald vorbei sein.

Afrika.

* Aus dem Privatbriefe eines Deutschen, der im vorigen Sommer von Kapstadt aus einen Ausflug nach Transvaal machte, werden der „Voss. Ztg." folgende Einzelheiten mitgetheilt:

Ich möchte Ihnen nachträglich Einiges von meinen Reiseeindrücken erzählen, die ich in Transvaal gewonnen habe. Seit meinem letzten Besuche hat sich Johannesburg sowohl wie Pretoria gewaltig entwickelt. Obwohl ich erst im vorigen Jahre dort gewesen war, kam ich mir in manchen Straßen Johannesburgs als ein Fremder vor, da ganze Reihen großartiger Palastbauten während der kurzen Zeit in manchen Theilen der Stadt emporgeschossen waren. Auch die Bevölkerung hat bedeutend zugenommen, besonders das semitische Element. Es war mir sehr auffallend, daß die Ruhe und Ordnung in den Straßen bei Tag und bei Nacht vorzüglich war, daß man niemals jene Exzesse sieht, die sich in jeder Stadt der Kapkolonie zeigen und aus der Trunkenboldenhaftigkeit der Farbigen entstehen. Jeder unparteiische Beobachter muß der Transvaalregierung Bewunderung zollen für die musterhafte Ordnung, die in der Stadt und dem Goldminenbezirk Johannesburg herrscht; denn man muß berücksichtigen, daß die Anzahl der Hunderttausend übersteigt und daß das englische Element der Regierung antagonistisch ist. Die Stellung der Engländer gegenüber Transvaal hat sich in den letzten Monaten wesentlich geändert. Früher gab sich jeder Groß-Engländer ganz dem schönen Gedanken hin, daß die ganze übrige Welt Transvaal als eine Enklave, als einen von England abhängigen Staat betrachtete, der eines Tags als reifer Apfel den Engländern in den Schoß fallen würde. Dem Groß-Engländer lag viel daran, daß diese seine Ansicht besonders von den übrigen europäischen Nationen getheilt würde. Als nun die Deutschen, und allen voran der deutsche Kaiser Transvaal als einen unabhängigen Staat betrachteten und der Kaiser dem Präsidenten Krüger bei den Eisenbahn-Feierlichkeiten einen besonderen Glückwunsch sandte, ohne vorher in London oder gar beim High Commissioner in Kapstadt um Erlaubniß nachzusuchen, da brach in allen groß-englischen Zeitungen der lange verhaltene Ingrimm über die Zunahme des deutschen Einflusses in Transvaal los, die Verschnupfung war allgemein und tiefgehend bis in die höchsten Kreise hinein. Dem Groß-Engländer von der südafrikanischen Monroe-Doktrin wurde es mit einem Male klar, daß er in Südafrika zukünftig mit einem neuen Faktor zu rechnen hätte, der sich nicht wie Transvaal vergewaltigen läßt. Die Zunahme des Einflusses Deutschlands in Transvaal macht dem Groß-Engländer mehr Sorgen, als sie sich denken können. Der angenehme Gedanke von der baldigen Aufschluckung des goldenen Transvaal ist in weite Ferne gerückt und der Groß-Engländer sieht mit Neid und Verdruß wie der Einfluß Deutschlands in raschem Steigen ist. Man möchte zu gern eine Ursache und einen passenden Vorwand finden, um Transvaal Schwierigkeiten zu bereiten. Dafür ist ja die englische Politik in der ganzen Welt bekannt, daß sie den kleinen und schwachen Staaten gegenüber brutal und gewaltthätig, den starken gegenüber aber feige ist. Wäre Deutschland so ein schwacher Staat, so würde die englische Politik schon längst den Versuch gemacht haben, Deutsch-Südwest-Afrika unter englische Oberhoheit zu bekommen. Mit Deutschland möchte man sich denn doch nicht so ohne weiteres verfeinden, obwohl die Stellung des Reiches zu Transvaal den Groß-Engländern ein Dorn im Auge ist.

Stadtverordneten-Versammlung.

R. Posen, 27. November.

Den Vorsitz in der heutigen Stadtverordneten-Sitzung führt Herr Justizrath Orgler. Derselbe eröffnet die Sitzung mit Mittheilungen. Nach einer Mittheilung des Magistrats vom 13. November ist die Wiederwahl des Herrn Stadtraths Adolf Kantorowicz vom Regierungspräsidenten bestätigt worden. Letzterer macht hierbei darauf aufmerksam, daß bei der Wahl von Mitgliedern des Magistrats der Vorname und Beruf des Gewählten genau anzugeben sind. In einer Eingabe vom 9. Novbr. bittet eine Anzahl Bürger der Unterstadt, die Versammlung möge die Aufstellung einer Bedürfnißanstalt an der Wallischeibrücke in der Nähe des Kreuzes verhindern, weil dadurch die religiösen Gefühle verletzt werden würden. Der Magistrat hat inzwischen die Bauabtheilung angewiesen, einen anderen Platz zu wählen.

In die Tagesordnung eintretend, berichtet Stadtv. Warschauer über die Wahl von Mitgliedern der Abfuhr-Deputation. Die bisherigen Mitglieder Herren Brodnitz, Heinrich und Förster haben dieses Amt niedergelegt. Es wird deren Wiederwahl empfohlen und von der Versammlung einstimmig vollzogen.

Es folgt die Berathung über eine Wahl zur Landwirthschaftskammer der Provinz Posen. Ref. ist Stadtv. Dr. Lewinski: Derselbe berichtet über den Zweck des Gesetzes vom 30. Juli 1894 und giebt die Bedingungen der Wählbarkeit für die Landwirthschaftskammer an. Zum Zwecke der Wahl eines Abgeordneten bildet die Stadt Posen mit den beiden Landkreisen Posen-Ost und Posen-West einen Wahlkörper. Die Wahl selbst übt der Kreistag aus, in welchen die Stadt Posen einen Wahlmann zu deputiren hat. Da hiernach das Wahlrecht der Stadt Posen ein ganz geringes ist und außerdem ein Wahlmann, der die gesetzlichen Bedingungen erfüllt, kaum vorhanden sein dürfte, könnte die Stadt Posen von der Ausübung ihres Wahlrechts Abstand nehmen, wenn dies zulässig wäre. So aber empfehle er die Vornahme der Wahl. Von 31 Stimmzetteln sind indeß 25 unbeschrieben, 5 enthalten den Namen eines Herrn J. N. v. Kierski und 1 den Namen des Professors Dr. Peters. Stadtv. Dr. Landsberger erachtet dieses Wahlergebniß für kein definitives Resultat und ersucht um Aufklärung, welche der Vorsitzende auf Grund der Städteordnung und Geschäftsordnung giebt. Stadtv. Dr. Lewinski hält den ganzen Wahlakt für ungiltig und beantragt: 1. den Wahlakt für resultatlos zu erklären und 2. von dem Wahlrecht der Stadt Posen überhaupt keinen Gebrauch zu machen. An der sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte betheiligen sich außerdem die Stadtv. Kirsten, Placzek, Herzberg und der Vorsitzende. Letzterer hält dafür, die Wahl zu vollziehen und das Weitere der Bestätigungsbehörde zu überlassen. Die anderen Redner befürworten zumeist den Verzicht auf das Wahlrecht der Stadt Posen, die auf die Wahl des Abgeordneten selbst gar keinen Einfluß habe. Die beiden Anträge des Stadtv. Dr. Lewinski werden schließlich angenommen, womit die Versammlung erklärt, von dem Wahlrechte keinen Gebrauch machen zu wollen.

Noch vor der Erledigung des vorstehenden Gegenstandes erscheint Herr Oberbürgermeister Witting und vollzieht die Einführung und Verpflichtung des Herrn Gerichtsassessors Peters in sein Amt als besoldetes Magistrats-Mitglied. Herr Oberbürgermeister Witting hält dabei etwa folgende Ansprache: „Meine Herren! Die von den Stadtverordneten am 7. Oktober vollzogene Wahl des Herrn Gerichtsassessors Peters zum besoldeten Stadtrath und Magistratsmitgliede ist vom Herrn Regierungspräsidenten durch Reskript vom 31. Oktober bestätigt worden, und es ist mir eine angenehme Aufgabe, den Gewählten in sein neues Amt in feierlicher Weise einzuführen. Sie sind, Herr Gerichtsassessor Peters, in unserer Provinz geboren und in unserer Stadt aufgewachsen, erzogen und unterrichtet worden, und in unsern Mauern haben Sie nach Erledigung Ihrer Studien die weitaus meiste Zeit als Beamter im Vorbereitungsdienst und später als Gerichtsassessor zugebracht. Da darf man mit Fug und Recht erwarten, daß Sie die eigenartigen Verhältnisse, von denen unser öffentliches Leben abhängt, genau kennen, und daß Sie wissen, daß Jeder, der hier bei uns und in diesem Lande in einer öffentlichen Stellung und besonders als Kommunalbeamter wirkt, besondere Aufgaben zu lösen hat. Diese Pflichten haben Sie nun von heute ab freiwillig und aus eigener Neigung übernommen. Daß Sie den festen Willen haben, sie getreulich zu erfüllen, wird Niemand bezweifeln, der den Ernst Ihres Strebens kennt. Angesichts Ihrer Tüchtigkeit und vollständig anerkannten Leistungen in Ihrer bisherigen amtlichen Laufbahn wird auch Niemand an der Fähigkeit für den übernommenen Posten zweifeln. Jeder arbeitsfreudige und tüchtige Mann wird immer seinen Posten ausfüllen können. Und was bei uns das Technische und Handwerksmäßige ist, kann kein Geheimniß sein, jeder gut geschulte Beamte wird das an sich erfahren haben. Ich bin aber überzeugt, daß Sie sich weitere Ziele stecken und weitere Aufgaben stellen. Die Treue thut es auch nicht allein, obwohl diese Treue und gewissenhafte Pflichterfüllung eine nothwendige Voraussetzung für jedes ersprießliche Wirken sind. Vergessen Sie nicht, daß die Verwaltung eine Kunst ist und diese Kunst sich nicht erschöpfen darf in den Formen ihrer Geschäfte. Ich bin überzeugt, Sie werden das sehr bald erfahren. Es wird Ihnen das Dezernat für das Gewerbewesen übertragen werden, ein ebenso interessantes wie wichtiges Arbeitsfeld. Es gilt, unserem kleinen Gewerbe und Handwerk ein neues Leben einzuflößen; es gilt ferner, die Errungenschaften der fruchtbaren sozialpolitischen Gesetzgebung zu pflegen und zu fördern. Dies ist eine dankbare Aufgabe für jeden jungen Beamten. Und diese Aufgabe wird Sie mitten hineinbringen in das gewerbliche Leben, in Berührung bringen mit Männern der praktischen Erfahrung, von denen wir lernen sollen und können, und diese Beziehungen zu pflegen, habe ich immer als ein schönes Vorrecht angesehen. Tragen Sie auch bei zur Pflege der guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Körperschaften der städtischen Verwaltung. Das ist eigentlich selbstverständlich und dieser Rath fast überflüssig. Aber Differenzen sind stets ein Zeichen des Niederganges der Städte, das lehrt die Geschichte aller Städte und auch unserer Kommune. Nicht zu kämpfen, sondern vereint zu arbeiten, und nicht bloß vereint zu arbeiten, sondern auch vereint zu schlagen, das ist unsere Aufgabe. Ich lege Ihnen auch ans Herz gute Beziehungen zu anderen Behörden, das dient und frommt dem Einzelnen wie dem Ganzen. Redner verweist den Einzuführenden alsdann auf den im Jahre 1883 beim Eintritt in den Staatsdienst bereits geleisteten Diensteid, verpflichtet ersteren durch Handschlag an Eidesstatt und überreicht ihm die Bestallungsurkunde mit der Versicherung, daß der gesammte Magistrat dem neuen Mitgliede freundschaftliche und kollegiale Gesinnungen entgegenbringt. Redner schließt mit Wünschen für ein gedeihliches Zusammenwirken, zu eigenem Nutz und Frommen und zum Wohle unserer alten, lieben Stadt.

Namens der Stadtverordneten-Versammlung begrüßt Herr Justizrath Orgler das neue Magistratsmitglied von ganzem Herzen. Ich freue mich, so führt derselbe aus, konstatiren zu können, daß seitens des Herrn Oberbürgermeisters eine Thatsache besonders betont worden ist, das harmonische Verhältniß zwischen den städtischen Körperschaften und Behörden, die zum Wohle der Stadt berufen sind. Diese Verschmelzung zur Einigkeit ist eine ganz besonders anerkennenswerthe Erscheinung in unserer kommunalen Thätigkeit und wichtig für Sie, der Sie mit besonderer jugendlicher Frische eintreten, um mitzuwirken an den Aufgaben der Verwaltung. Ihnen ist ein Berufsfeld bestimmt, durch das Sie in unmittelbare Berührung treten mit dem Recht suchenden Volke und diese Verbindung des Recht sprechenden und Recht suchenden Volkes ist das Band, das die Einwohner und Verwaltung in innige Beziehungen bringt. Sie treten in die Verwaltung zu einer Zeit, wo ein recht rühriges Leben sich entfaltet, und diesen Aufgaben sich ganz zu widmen, wird Ihnen wie allen Anderen eine recht große Freude sein. Ich hoffe, daß es Ihnen nicht schwer werden wird, wie es auch Ihrem Vorgänger nicht schwer gewesen ist, sich in den neuen Beruf hineinzufinden und in demselben zu wirken, wie es der Stadt ersprießlich ist. Mit dem Wunsche, daß der Eingeführte in dem neuen Berufe seine volle Befriedigung finden möge, schließt der Stadtverordneten-Vorsteher seine Ansprache.

Herr Stadtrath Peters sagt freudigen Dank dem Herrn Oberbürgermeister und Stadtverordneten-Vorsteher für die freundlichen Worte, und der ganzen hohen Versammlung für das ihm durch die Wahl entgegengebrachte große Vertrauen. Er komme aus dem Justizdienste und wisse sehr wohl, daß er vollständig neue Bahnen gehen müsse, um der Aufgabe gerecht zu werden, die ihm gestellt sei. Er hoffe aber, daß es ihm gelingen werde. Der Jurist sei täglich gezwungen, sich in neue Aufgaben hineinzudenken und gewinne dadurch die Fähigkeit, sich in einem fremden Berufe zurechtzufinden. Diese Fähigkeit — das hoffe er — werde auch ihm zu Hilfe kommen, daß er sich in das neue Amt hineinfinde, und das um so mehr, als er mit Lust und Liebe zur Sache und zu seinem Amt übergehe. Er sei stolz darauf, zum Stadtrath berufen zu sein durch die öffentliche Wahl der Bürgerschaft einer großen Kommune, die seine Vaterstadt sei. Redner bringe seiner Aufgabe den besten Willen entgegen und bitte um nachsichtige Beurtheilung, wenn sein Wirken hinter dem Wollen zurückbleibe.

Es wird hierauf in der Tagesordnung fortgefahren und über eine Reihe geprüfter Rechnungen berichtet. Die Versammlung entlastet: die Rechnung über die Neupflasterung der St. Martinstraße zwischen Ritter- und Viktoriastraße. Referenten sind die Stadtverordneten Brodnitz und Heinrich. Die Rechnung über die Kanalisation der Ostseite des Alten Marktes. Ref. Stadtv. Jagielski. Die Rechnung über die Kanalisation der Gr. Gerberstraße zwischen der Wasserstraße und Langenstraße. Referenten die Stadtv. Heinrich und Jagielski. Die Rechnung über die Verwaltung der öffentlichen Straßen, Plätze und Märkte 1893/94. Ref. Stadtverordn. Brodnitz. Eine Resolution der Finanzkommission: den Magistrat zu ersuchen, diejenigen Fuhrwerksleistungen, bei denen ein Abkommen mit dem Unternehmer nicht vereinbart ist, künftig durch den städtischen Marstall ausführen zu lassen, wird angenommen. Die Rechnung über den Bau der Sammelgruben in Jersitz und Winiary. Referenten sind die Stadtv. Klau und Brodnitz. Die beiden Sammelgruben kosten 185 850 Mark Mehrausgaben sind 4067,75 Mark entstanden. Die Nachbewilligung und Entlastung der Rechnung wird empfohlen und außerdem folgende Resolution beantragt: den Magistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß möglichst innerhalb der Garantiezeit, welche der Unternehmer für die gute Ausführung des Baues übernimmt, die Rechnungen über den Bau zur Nachprüfung vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Witting erklärt die Verzögerung der Rechnungslegung mit den die Sammelgrube zu Winiary betroffenen Unglücksfällen. Man habe da erst abwarten wollen, wie die Differenzen mit dem Unternehmer ausgeglichen werden würden. Die Erledigung von Baurechnungen innerhalb der Garantiefrist werde

künftig indeß kaum möglich sein, weil hierzu die nöthigen Kräfte fehlten. Die vorliegenden Rechnungen über die Sammelgruben beträfen alte Mißstände, die neueren Baurechnungen seien auch prompt erledigt worden. Uebrigens habe die Rechnungslegung auch anderwärts ihren wunden Punkt.

Stadtv. Asmus bemerkt, die vorgeschlagene Resolution enthalte keinen Vorwurf gegen den Magistrat. Die schnellere Abrechnung erleichtere dem betreffenden Techniker die Arbeit, weil er noch alles frisch gegenwärtig habe. Die Mehrausgabe wird hierauf bewilligt, die Rechnung entlastet und die Resolution angenommen.

Entlastet werden ferner: Die Rechnung über die Stadtschuldenverwaltung pro 1892/93 und 1893/94. Referent ist Stadtv. Dr. Lewinski. Die Rechnung über den Kämmerei-Depositalfonds pro 1893/94. Referent ist Stadtv. Manheimer. Die Rechnung über die Verwaltung verschiedener Stiftungen pro 1893/94. Referent Stadtv. Manheimer. Die Rechnung über die Kanalverwaltung pro 1892/93, nachdem ein noch ausstehendes Notat erledigt ist. Ref. der Vorsitzende.

Das Ortsstatut für die Erhebung der Wildpretsteuer wird endgiltig genehmigt. Dasselbe tritt 14 Tage nach Veröffentlichung in Kraft. Referent ist Stadtv. Cichowicz.

Eine vom 14. November datirte Magistratsvorlage beantragt die Erweiterung des Gasrohrnetzes in dem Straßenzuge von der Ecke der Graben- und Großen Gerberstraße bis zur Halbdorfstraße. Referent ist Stadtverordneter Kantorowicz. Die Vorlage nehme die Verlegung größerer Gasrohre in einer ganzen Reihe von Straßen in Aussicht. Die Gesammtkosten würden rund 60 000 M. betragen. Zunächst solle indeß ein größeres Rohrnetz, und zwar von 200 mm durch die Gr. Gerberstraße, Schützenstraße, Langenstraße bis zur Halbdorfstraße verlegt werden, weil in dem Halbdorfstraßenviertel die Beleuchtung in Folge des stärkeren Konsums besonders schlecht sei. Die Kosten betragen 13 000 Mark und sollen vorschußweise aus den Betriebsmitteln der Gasanstalt entnommen werden. Die Arbeiten sollen sofort ausgeführt werden. Der Referent empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Brodnitz als 2. Referent ist gleichfalls für die Bewilligung der Summe. Bedenken habe er nur in einer Hinsicht, ob nicht zugleich auch eine Erweiterung des Wasserrohrnetzes vorgenommen werden müsse, da das kleinere Rohr vielleicht ebensowenig ausreiche, wie das Gasrohr. Zutreffenden Falls sollte man beide Leitungen gleichzeitig legen. Ferner halte er die Jahreszeit zu weit vorgerückt, um solche Arbeit noch auszuführen.

Stadtbaurath Grüder erwidert, bei der Wasserrohrleitung werde die Weite nicht nach dem Konsum der angeschlossenen Häuser berechnet, sondern nach dem Bedürfniß der Feuerwehr, und dieses erfordere einen Querschnitt der Wasserrohre von 150 Millim., weil sonst die Schlauchleitung nicht angeschlossen werden könnte. 150 Millim. Querschnitt seien nun aber auch für den Wasserkonsum der Häuser vollständig ausreichend, eine Verlegung größerer Wasserrohre demnach nicht erforderlich. Das Bedenken des Herrn Brodnitz hinsichtlich der Zeit sei hinfällig, die Rohrlegung könne noch ganz gut ausgeführt werden und ohne Schaden für die Haltbarkeit der Leitung.

Stadtv. Dr. Kranz regt an, in der Schützenstraße mehr Laternen aufzustellen und dieselben mit Glühlicht zu versehen. Denn in dieser Straße sei ein starker Schülerverkehr. Stadtbaurath Grüder hat diesen Wunsch dem Magistrat vorgelegt.

Die Rohrlegung wird hierauf genehmigt und die Summe von 13 000 M. bewilligt.

Zur Vermehrung des Personals und der Arbeitsgeräthe zur Reinigung der mit besserem Pflaster versehenen Straßen werden 265 Mark aus Titel I 5c bewilligt. Referent ist Stadtverordneter Heinrich.

Stadtv. Kantorowicz regt an, zur Reinigung dieser Straßen statt der jugendlichen Arbeiter Halbinvaliden zu verwenden, welche diese Arbeit sehr gut leisten könnten.

Oberbürgermeister Witting hält Halbinvaliden für ungeeignet, diese Arbeit erfordere mehr Kraft, als solche aufwenden könnten. In allen großen Städten würden solche Kolonnen jugendlicher Arbeiter verwendet.

Die 265 M. werden hierauf bewilligt.

Zur Einholung eines versicherungstechnischen Gutachtens über die Wittwen- und Waisenkasse der städtischen Beamten werden bis 200 Mark aus Titel IV bewilligt. Es handelt sich um die sachverständige Prüfung dahin, ob die Wittwen- und Waisenkasse der städtischen Beamten diesen die Beiträge event. ganz erlassen könne. Das Gutachten will der Magistrat einem Dr. Schmöller in Berlin übertragen, der gut empfohlen ist. Die Bewilligung wird ausgesprochen. Referent ist Stadtv. Balau.

Es berichtet sodann Stadtv. Dr. Kranz über die Mehrausgaben bei Tit. VIII A. Nr. 23 des Kämmereietats für 1895/96 für die Vertretung von Beamten und Lehrern. Bewilligt waren hierzu 1000 Mark, ausgegeben sind bereits 2000 Mark und noch erforderlich 400 Mark. Die Position wird um diese 1400 Mark erhöht.

Zur Anschaffung einer Schreibmaschine, System Yost, fordert der Magistrat 480 Mark. Referent Stadtv. Förster hebt die außerordentlichen Vorzüge dieser Maschine hervor, die leicht zu handhaben sei, eine vorzügliche Konstruktion habe und mit großer Schnelligkeit arbeite. Besonders empfehle sie auch noch die autographische Einrichtung für Umdruck. Referent empfiehlt die Anschaffung welche unter Bewilligung bis 480 M. genehmigt wird.

Ueber die freihändige Erwerbung bezw. Enteignung der zur Schlachthofsanlage erforderlichen Grundstücke berichtet Stadtv. Klau. Nach Ablehnung eines Antrages des Stadtv. Brodnitz auf geheime Berathung führt der Referent aus. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit haben ergeben, daß nur der Militärfiskus, die Posener Spritaktiengesellschaft, die katholische Pfarrkirchengemeinde und die Danyszschen Erben in den freihändigen Verkauf ihrer Parzellen einwilligen wollen. Vom Militärfiskus seien 2 ha 42 a 31 qm für den vereinbarten Preis von 1,30 M. für 1 qm zu erwerben. Mit der Spritaktiengesellschaft werden verschiedene Parzellen ausgetauscht. Als Differenz seien im Ganzen 48 a 2 qm zum Preise von 1,20 M. pro qm zu erwerben. Von der kath. Pfarrkirchengemeinde seien 1 ha 18 a 24 qm zu erwerben und pro qm 2,35 M. vereinbart, im Ganzen somit 6000 Mk. für den Morgen. Die Danyszschen Erben endlich sollen 36 qm für 1,30 M. pro qm abtreten. Das im Wege freihändigen Ankaufs zu erwerbende Areal betrage überhaupt 4 ha 8 a 93 qm, der Preis einschließlich 1 Proz. Gebühren 65,700 M. Durch Enteignung seien im Ganzen 4 ha 63 a 4 qm zu erwerben. Der Magistrat beantrage nun, für die freihändige Erwerbung der bezeichneten Grundstücke 65 700 M. zu bewilligen, im Uebrigen zur Durchführung der Enteignung der in der Nachweisung II bezeichneten Grundstücke auf den Dominikanerwiesen die Genehmigung zu ertheilen. Beide Anträge werden vom Referenten warm befürwortet.

Stadtv. Schleyer als 2. Referent befürwortet ebenfalls die Annahme dieser Anträge. Stadtv. Brodnitz wünscht an der Südseite des Schlachthausgrundstückes eine Gradelegung der Grenze. Das würde die Größe des Grundstücks nur wenig schmälern, aber den Vortheil gewähren, daß man von den Besitzern Goritz, Elkeles, Motty und Labischin keine Parzellen zu erwerben brauchte, und ferner würde man von dem Schlachthausgrundstücke eine Straße nach der Kleinen Gerberstraße legen können.

Gegen diese Wünsche des Stadtv. Brodnitz wendet sich Stadtbaurath Grüder.

Stadtv. Dr. Lewinski bemerkt eine derartige materielle Debatte, wie sie Herr Brodnitz eröffne, sei weder hier im Plenum, noch in der Kommission beabsichtigt. Die Durchlegung einer Straße nach dem Wunsche des Herrn Br. würde im Publikum nur falsche Hoffnungen erwecken.

Oberbürgermeister Witting ist der Meinung, daß solche Einzelwünsche sich im Plenum nicht behandeln ließ.

Stadtv. Dr. Lewinski bedauert, daß Herr Brodnitz heute solche Dinge vorbringe, welche die Erledigung der Magistratsanträge unmöglich mache, zumal der Vertrag mit der Pfarrkirchengemeinde bezüglich des freihändigen Verkaufs bis zum 6. Dezbr. genehmigt werden müsse.

Stadtv. Kindler erklärt sich für die Erwerbung der Grundstücke vom Militärfiskus und der Pfarrkirchengemeinde; bezüglich der Parzellen von der Spritaktiengesellschaft und der Danysz'schen Erben habe er Bedenken und bitte um Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission.

Stadtv. Schleyer spricht für die Magistratsvorschläge. Stadtv. Klau ersucht um Ablehnung der Vorschläge Brodnitz. Letzterer habe den Kommissionsberathungen leider nicht beiwohnen können und müsse daher seine Bedenken im Plenum vorbringen. Sein Vorschlag gebe die Möglichkeit, eine Straße in gerader Linie zu legen, während die projektirte Ecken habe. Man brauche dann die Parzellen von Elkeles und Danysz nicht zu erwerben:

Oberbürgermeister Witting: Herr Brodnitz übersehe zunächst, daß man einen ganz erheblichen Theil vom Propsteilande erwerbe, wofür man seine Gründe habe. Wo die Achse der Straße hinkomme, sei durch die Natur der Sache gegeben. Nach dem Projekte könne man gar nicht anders handeln, namentlich sei nicht erklärlich, wie man gegen die 36 qm der Danyszschen Erben sein könne.

Stadtv. Placzek bittet, dem Vorschlage des Stadtv. Kindler zuzustimmen. Stadtv. Kirsten beantragt, in geheimer Sitzung weiter zu verhandeln, der Antrag wird indeß abgelehnt. Stadtv. Dr. Lewinski beantragt, den Kaufvertrag mit der Kirchengemeinde zu genehmigen, die Vorlage im Uebrigen an die Kommission zurückzuverweisen.

Referent Klau warnt vor der Vertagung der Angelegenheit, die Erwerbung, besonders von der Spritaktiengesellschaft, könne dadurch nur erschwert werden.

Schließlich werden die vereinigten Anträge der Stadtvv. Kindler und Dr. Lewinski angenommen, wonach die Erwerbung der Parzelle von der Pfarrkirchengemeinde für 31 500,30 Mark und vom Militärfiskus für 27 788,50 Mark genehmigt ist. Im Uebrigen wird die Vorlage vertagt.

Zuletzt begründet Stadtv. Dr. Kranz seinen Antrag, die Zahl der Stadtverordneten in der gemischten Deputation zur Neuregelung des Abfuhrwesens zu vermehren. Die fünf Stadtverordneten in dieser Deputation schienen alle Gegner unseres jetzigen Abfuhrsystems zu sein. Deshalb möchte man noch 4 Stadtverordnete in die Deputation entsenden, damit auch andere Meinungen zum Ausdruck kämen, was im Interesse der Sache liege. Die Versammlung genehmigt den Antrag und wählt in die Deputation die Stadtverordneten Brodnitz, Heinrich, Förster und Dr. Kranz.

Schließlich findet eine kurze Geschäftsordnungsdebatte über die Behandlung der Eindeichungsvorlage statt. Stadtv Schleyer weist auf die am 1. Dezember ablaufende Frist für die Antwort an den Regierungspräsidenten hin und giebt anheim, eine Mittheilung über die Verzögerung der Sache an den Regierungspräsidenten gelangen zu lassen. Im Uebrigen ersucht Redner um möglichste Beschleunigung der Berathungen. In ähnlichem Sinne äußert sich Stadtv. Dr. Landsberger. Oberbürgermeister Witting bittet, ihm von dem Termin zur Berathung in der Kommission Kenntniß zu geben, damit er daran theilnehmen könne. Schließlich wird in Aussicht genommen, die Eindeichungsfrage am nächsten Dienstag in der Kommission und am Mittwoch in der Stadtverordneten-Versammlung zu erledigen.

Schluß der Sitzung um 8¼ Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Prenzlau, 28. Nov. Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl im Wahlkreise Prenzlau-Angermünde wurde der Schloßhauptmann von Busch-Stolpe einstimmig mit 290 Stimmen gewählt. Ein Drittel der Wahlmänner fehlte.

Dortmund, 28. Nov. Der Redakteur Hans Bloch von der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ ist wegen Beleidigung des Gendarmen Münter durch einen Artikel in seiner Zeitung von der Strafkammer zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Budapest, 28. Nov. [Abgeordnetenhaus.] Die Opposition beantragte in stürmischer Debatte den Erlaß des Gesetzes über Einrichtung eines besonderen königl. Hofhaltes. Der Ministerpräsident Banffy erklärte, dieser Antrag berühre die Rechte der Krone. Ein besonderer innerer Hofhalt zugleich in Wien und Budapest sei weder thunlich noch möglich. Hierauf wird der Antrag mit großer Majorität abgelehnt.

London, 28. Nov. Das heute verkündete Urtheil gegen Balfour, wegen Betruges der Aktionäre des house and land investment trust lautet auf 14 Jahre Zuchthaus.

Petersburg, 28. Nov. Der Kaiser empfing gestern den Marine-Attachee der deutschen Botschaft, welcher dem Kaiser im Auftrage des deutschen Kaisers ein Exemplar des Buches „Unsere Kriegsflotte“ überreichte.

London, 28. Nov. Einer telegraphischen Meldung aus Odessa vom 25. d zufolge erhält kein in Süd-Rußland angestellter, einschließlich des Militär-Distrikts Kiew oder in der kaukasischen Armee stehender Offizier Urlaub. Alle Truppen sind für den aktiven Dienst bereit.

London, 28. Nov. Nach einer „Lloyd“-Depesche aus Boston lief gestern der Dampfer „Galizia“ von der Hamburg—Amerika—Linie in Boston mit brennender Ladung ein. Das Feuer ist noch nicht gelöscht Die Ladung, sowie das Schiff sind stark beschädigt.

Bern, 28. November. An der Beerdigung des deutschen Gesandten Dr. Busch nahmen der Bundesrath, das diplomatische Korps und die Angehörigen der deutschen Kolonie theil.

Hinter dem Sarge folgte unter Anderem der Vertreter des Kaisers, Flügeladjutant v. Seckendorff, welcher einen Kranz am Sarge niedergelegt hatte. Die deutsche Kolonie in der Schweiz, die deutschen Studirenden in Zürich, die deutschen Hilfsgesellschaften in Basel, Bern und Zürich hatten ebenfalls Kränze gespendet. Am Grabe sang der deutsche Männerchor mehrere Lieder.

Einsiedeln (Schweiz), 28. Nov. Der Fürstabt Basilino, der bedeutendste schweizerische Kirchenfürst, ist gestorben.

Kairo, 28 Nov. Das ägyptische Budget weist an Einnahmen 10 260 000 Pfund auf. Ausgaben 9 630 000, Ueberschuß 630 000 Pfund.

*) Für einen Theil der Auflage wiederholt.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg.“

Berlin, 28. November, Abends.

Der Kaiser hat sich auf dem gestrigen Diner beim Finanzminister Miquel für die Nothwendigkeit des Zustandekommens des Zuckersteuergesetzes ausgesprochen. Des Weiteren bekundete der Kaiser auf dem Diner sein großes Interesse für die Entwickelung des Genossenschaftswesens und für die Bestrebungen der Central-Genossenschaftskasse. Er erkundigte sich bei einzelnen Ausschußmitgliedern eingehend über den Stand der Genossenschaftsentwickelung in den verschiedenen Landestheilen. Nach Tisch unterhielt er sich namentlich mit den Vertretern des Handwerks, ausführlich über die Organisation desselben.

Der Bundesrath ertheilte u. a. den Ausschußberichten über den Entwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Verwaltung des Heeres und der Marine seine Zustimmung.

Frhr. v. Stumm hat das Telegraphenbureau Hirsch zu der Erklärung ermächtigt, daß die ihm zugeschriebene, jetzt überall kolportirte Aeußerung, er werde versuchen, den Kaiser zu einem Kampf auf Leben und Tod gegen den Umsturz zu veranlassen, auch nicht annähernd zutreffend sei; die Nachricht beruhe vielmehr „im Wesentlichen“ auf Erfindung. — (Weshalb sagt Frhr. v. Stumm nicht klar und deutlich, welches der Wortlaut seiner Aeußerungen gewesen ist? — Red.)

Hannover, 28. Nov. Der Kaiser sandte heute folgendes Telegramm an das Feld-Artillerie-Regiment von Scharnhorst 1. Hannoversches Nr. 10: „Der ruhmvollen Theilnahme der Artillerie des 10. Armeecorps, in Sonderheit der reitenden Abtheilung an der Schlacht von Baune la Rolande gilt dem heutigen 25. Gedenktage meine dankbare Erinnerung.

Petersburg, 28. Nov. [Privat-Telegr. der „Pos. Ztg.“] Rußland hat bereits seine offizielle Theilnahme an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 beschlossen.

Tarnopol, 28. Nov. 130 aus der Umgegend eingetroffene Bauern, welche mit Frau und Kind nach Brasilien auswandern wollten, denen aber auf dem Bahnhof Fahrkahrten verweigert wurden, rotteten sich zusammen und zogen vor das Gebäude der hiesigen Hauptmannschaft, wo sie die Aushändigung von Pässen verlangten. Die Polizei mußte einschreiten, um die Leute auseinander zu treiben.

Paris, 28. Nov. Soulgoux, der Genosse Artons bei der Vertheilung der Panama-Checks, wurde heute verhaftet. Eine Haussuchung bei seiner Geliebten führte zur Beschlagnahme von Checkbüchern und Talons.

London, 28. Nov. Aus Shanghai wird gemeldet, daß ein Syndikat deutscher Kapitalisten das Arsenal zu Futschau, sowie das Arsenal und die Eisenwerke zu Hunyan am gelben Fluß käuflich erworben habe, um die chinesische Eisenindustrie zu entwickeln.

London, 28. Nov. Die Arbeitgeber von Glasgow und New-Castle versammelten sich gestern und billigten vollständig die Idee einer allgemeinen Vereinigung der Besitzer von Schiffs-Werften, um ihre Rechte gegen die Arbeiter zu vertheidigen.

Kopenhagen, 28. Nov. Der dänische Dampfer „Horsa“, welcher den kubanischen Insurgenten Munition brachte, wurde von einem spanischen Kreuzer aufgebracht; die Mannschaft wurde gefangen genommen.

Zur Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 28. Nov. In Erzerum haben gestern neue Gewaltthätigkeiten stattgefunden. 5 Armenier sind getödtet, 7 verwundet; man befürchtet, der Wiederbeginn der Metzeleien bleibe nicht ohne Folgen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das soeben erschienene Heft 5 der bekannten illustrirten Halbmonatsschrift „Vom Fels zum Meer“ (Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart. Preis des Heftes 75 Pf.) Die Pracht der Monumentalbauten des neuen Köln: Bahnhof, Hauptpostamt, Justizgebäude, die Eleganz der Privatgebäude an den verschiedenen „Ringen“, sowie deren schöne Gartenanlagen in einer Anzahl von Reproduktionen von Photographien, während eine lustige Episode auf der Plattform des Kölner Domes von dem bekannten Zeichner W. Zehme in trefflichster Weise dargestellt ist. Der Text von J. L. Algermissen ist reich an orientirenden Darlegungen und Zahlen, so daß dem Leser ein trefflich abgerundetes Städtebild vor Augen tritt. Unter den weiteren Beiträgen des schönen Heftes dürfte ein in Faksimile wiedergegebener Brief Joseph Viktor v. Scheffels die große Scheffelgemeinde interessiren, während die Fortsetzung der „Entdeckungsreisen in der Heimath“ in den prächtigen Aquarellen und Zeichnungen H. Kaulbachs, M. Daftos, K. A. Baurs ꝛc. allen Kunstfreunden eine hochwillkommene Gabe bietet. Auch die farbige Wiedergabe des Gemäldes „Auf dem Anstand“ von J. v. Wodzinski verdient besondere Beachtung, mit ihrer Farbenpracht rivalisirt die anmuthige Scene des Umschlages, indiskrete Kammerzofen darstellend.

Berliner Wetterprognose für den 29. Nov.

auf Grund lokaler Beobachtungen und des meteorologischen Depeschenmaterials der Deutschen Seewarte privatlich aufgestellt.

Etwas kälteres, zeitweise heiteres, vorwiegend nebliges Wetter mit schwachen östlichen Winden, ohne erhebliche Niederschläge.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Maria van der Laag in Amsterdam mit Herrn Dr. Eduard Wrampelmeyer in Wageningen. Frl. Tilde Neumann in Breslau mit Herrn Dr. Elster in Mutschen. Frl. Anna Feustel-Flemmingen in Hartha mit Herrn Baumeister Robert Wohlfahrt in Dresden. Frl. Margarethe Rademacher in Berlin mit Herrn Apotheker Richard Traffehn in Potsdam.

Verehelicht: Herr Dr. Bruno Boehm in Köln mit Frl. Julie Lehmann in Berlin. Herr Baumeister Paul Eger mit Frl. Anna Braune in Dresden.

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Assistenzarzt Dr. Lenchtenberger in Berlin-Tempelhof. Herrn Karl Schoeller in Düren. Herrn Gymnasial-Oberlehrer Holtze in Leipzig. Eine Tochter: Herrn Paul Du Mont in Köln.

Gestorben: Herr Bautechniker Arno Richter in Leipzig. Herr Buchhändler Ernst Altner in Leipzig-Gohlis. Herr Stadtverordneter Karl Zindler in Brieg. Herr Apotheker Ludwig Bezold in Kulmbach. Herr Dr. Joseph Arens in Bonn. Herrn Oskar Winkelsteins Söhnchen Benno in Berlin. Fr. Lehrerin Wilhelm Schlickum in Ibbenbüren. Frau Dr. Amalie Zinßmann, geb. Osterland in Leipzig. Frau Prof. Molly Erker, geb. Urban in Dresden. Frau Hofprediger Emma Bauer, geb. Fels in Döbeln.

Vergnügungen.

Lokales.

Posen, 28. November.

* Ueber den Stand der Schulsparkassen im Regierungsbezirk Posen giebt das amtliche Schulblatt für die Provinz Posen folgenden Ausweis: Im März dieses Jahres betrug die Zahl der städtischen Schulen mit sparenden Kindern im Regierungsbezirk Posen 57; dieselben wurden von 18874 Kindern frequentirt, von denen 3882 sparten. An den 163 ländlichen Schulen mit 22394 Kindern sparten von letzteren 2601. Die Höhe der Spareinlagen überwog an den städtischen Schulen absolut und relativ ganz bedeutend die der ländlichen Schulen; an den ersteren waren 69895,30 Mark, an den letzteren 26074,49 Mark gespart worden.

Die größte Summe an Spareinlagen weist Rawitsch auf, in dessen städtischen Schulen von 911 Kindern 30646,90 Mark gespart wurden; es folgen die städtischen Schulen von Bomst mit 11114,56 M. Spareinlagen von 266 Kindern, während in den ländlichen Schulen 4984,12 M. von 271 Kindern gespart wurden. In den städtischen Schulen Krotoschins wurden von 305 Kindern 5399,74 M., in Pleschen von 144 Kindern 4824,02 Mark, in Lissa von 389 Kindern 4245,61 M., dagegen in Posen-Stadt von 740 Kindern nur 3911,86 M. gespart. In Posen-Ost wurden in den städtischen Schulen von 100 Kindern 1181,76 M., in den ländlichen von 276 Kindern 1379,60 M., in den städtischen Schulen von Posen-West nur 136,35 M. von 20 Kindern, in den ländlichen 819,49 M. von 383 Kindern gespart. Die kleinste Sparsumme mit 3,70 M. Einlage von 2 Kindern weisen die ländlichen Schulen im Kreise Schroda auf.

---

* **Ueber die Auslegung des Gewerbesteuergesetzes** geben folgende Rechtsgrundsätze des Oberverwaltungsgerichts Aufschluß. Einzelne Betriebe, wie die Glasmalerei und die Thätigkeit als Architekt, können sich wohl als steuerfreie Ausübung der Kunst, wie als steuerpflichtiges Gewerbe darstellen. Für die Besteuerung derartiger Betriebe ist das Ueberwiegen des gewerblichen Charakters besonders festzustellen; die Verwendung untergeordneter Hilfskräfte in handwerksmäßiger Thätigkeit macht an sich die Ausübung der Kunst nicht zum Gewerbebetrieb. — Die wirklich verwendeten Kosten eines gewerblichen Betriebes gelten nach § 22 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 als Betriebskosten. Die Angemessenheit derselben ist von den Veranlagungsbehörden nur bei der Verschleierung eines anderen Geschäfts durch künstliche Steigerung der Anschaffungskosten zu prüfen; eventuell ist dann ein geringerer Betrag einzustellen. Die von Zuckerfabriken an ihre Gesellschafter in Folge klagbarer Vereinbarungen für Lieferung von Rüben gezahlten Preise sind mit ihrem vollen Betrage als Betriebskosten abzuziehen, wenn der Nachweis, daß die Vereinbarungen nur zum Scheine getroffen und eine versteckte Dividende in den bezahlten Preisen enthalten sei, nicht geführt wird. — Durch den Eintritt einer Liquidation einer Aktiengesellschaft wird zwar die Vermuthung einer Beendigung ihrer werbenden Thätigkeit begründet; trotzdem besteht die rechtliche Möglichkeit, daß auch während der Liquidation die Gesellschaft ihren früheren gewerblichen Betrieb ohne wesentliche Aenderung fortsetzt. Diese Möglichkeit ist insbesondere bei Terraingesellschaften vorhanden. Behufs Heranziehung zur Gewerbesteuer und Entkräftung der ihnen zur Seite stehenden Vermuthung ist aber bei diesen ebenso, wie bei allen anderen in Liquidation befindlichen Aktiengesellschaften, die auf konkreten Verhältnissen und einzelnen Thatsachen beruhende Feststellung des Gewerbebetriebes nach Eintritt der Liquidation erforderlich. Der Beitrag einer Terraingesellschaft zu den Kosten einer Pferdeeisenbahnanlage gehört ebenso, wie alle sonstigen zur Aufschließung des Terrains, Anlegung und Pflasterung von Straßen und dergl. gemachten Aufwendungen zu den abzugsfähigen Betriebskosten.

---

* **Der Oberpräsident,** Frhr. v. Wilamowitz-Möllendorff hat sich nach Berlin begeben und gestern einer Berliner Meldung zufolge an dem beim Finanzminister Dr. Miquel stattgehabten Diner, bei dem auch der Kaiser zugegen war, theilgenommen.

* **Frl. Marie Barkany,** die geschätzte dramatische Künstlerin, ersuchte uns heute früh telegraphisch, dem Publikum mitzutheilen, sie sei leider so sehr erkältet, daß ihr erstes Gastspiel am hiesigen Stadttheater, das bekanntlich auf den morgigen Freitag angesetzt war, auf Sonntag verschoben werden müsse. Der Gesundheitszustand der Künstlerin hat sich anscheinend schnell gebessert, denn heut Nachmittag machte uns ein Abgesandter der Theaterdirektion die Mittheilung, daß das erste Gastspiel des Frl. Barkany nun doch morgen stattfinde.

* **Lamborg Soiree.** Der Klavier- und Gesangshumorist O. Lamborg, dessen Soireen nächsten Freitag und Sonnabend im Lambertschen Saal stattfinden, trifft erst morgen, Freitag Nachmittag in Posen ein, da er für Donnerstag, den 28. November, noch zu einer Soiree bei dem König von Sachsen befohlen wurde. Wir verweisen übrigens auf die heutige Anzeige, welche das ganze Programm enthält.

△ **Die Betheiligung der Lehrer an der Volkszählung** am nächsten Montage, 2. Dezember, wird in hiesiger Stadt keine allgemeine, vielmehr nur eine theilweise sein. Nur in den städtischen Schulen fällt der Unterricht am 2. und 3. Dezember aus, da die Lehrer an diesen Schulanstalten als Zähler mitwirken und somit an den beiden Tagen Unterrichtsstunden nicht abgehalten werden können. Dagegen findet in den beiden königl. Gymnasien, im königl. Berger-Realgymnasium und in der königl. Luisenstiftung und Lehrerinnenseminar am 2. Dezember der volle Unterricht statt. Die Lehrer an diesen königl. Lehranstalten betheiligen sich an der Volkszählung entweder überhaupt nicht, oder doch nur so vereinzelt, daß ihre Vertretung ermöglicht und der Ausfall des Unterrichts nicht nothwendig wird.

g. **Die Beerdigung** des königl. Musikdirektors Paul Stiller hat heute Nachmittag unter überaus großer Betheiligung stattgefunden. Nach einer in der Wohnung des Verstorbenen abgehaltenen Trauerfeier setzte sich gegen 3½ Uhr der stattliche Leichenzug in Bewegung. Voran schritt das Musikkorps des 6. Grenadier-Regiments, worauf die Schüler des königlichen Berger-Realgymnasiums, denen sich ihre Lehrer angeschlossen hatten, folgten. Dann kamen die Posener Männergesangvereine, zu denen der Verstorbene bekanntlich in nahen Beziehungen stand. Dem mit Kränzen vollständig bedeckten Sarge schritt Superintendent Zehn voran. Unter den zahlreichen Personen, die dem Sarge folgten, bemerkten wir Vertreter des Provinzial-Schulkollegiums, des Magistrats, der Stadtverordneten, des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, des Mariengymnasiums, sowie eine größere Anzahl Lehrer der städtischen Schulen. Zahllose Palmenwedel und Kränze legten von der Liebe und Verehrung, die sich der Verstorbene in seinem thatenreichen Leben erworben, Zeugniß ab. Besonders prachtvolle Kränze hatten der „Vaterländische Männer-Gesangverein", der „Posener Provinzial-Sängerbund", der „Allgemeine Männer-Gesangverein", der „Magistrat der Stadt Posen", das „Lehrer-Kollegium des königl. Berger-Realgymnasiums" und der „Männer-Gesangverein „Orpheus" in Schrimm" gewidmet. Nachdem auf dem Kirchhofe der Kreuzkirchengemeinde der Sängerbund „Es ist bestimmt in Gottes Rath" gesungen hatte, wurde die Leiche vom Superintendenten Zehn eingesegnet. Gesang des Schülerchors des Realgymnasiums und des Sängerbundes beschloß die ernste Feier. Schmerzlich bewegt hatte ein weiter Freundeskreis an der Bahre des Verstorbenen gestanden; in schmerzlicher Bewegung werden auch seine zahlreichen Schüler ihrem einstigen Lehrer nachtrauern.

* **Schulchronik.** Regierungsbezirk Posen. Evangelische Schulen. Angestellt: a) definitiv die Lehrer Neumann in Friedenhorst, Sacher vom 1. Dezember ab in Wreschen; b) vertretungsweise die Lehrer Frieske in Dolzig, Felder in Zwolno-Hld. Katholische Schulen Angestellt: a) definitiv die Lehrer Grabowski in Zbenchy, Kriesten in Korytnica, Klauczynski in Gola, Scholz in Luschwitz, Kruppick in Krzyzanowo, Jakubowski in Gnin, Reimann in Dakowy mokre, Heid in Scharfenort, Gumpricht in Pinne, Eibel in Turowo; b) unter Vorbehalt des Widerrufs die Lehrer Hillemann in Slupia; Fonrobert in Szczepankowo, Kerp in Kostschin, Groos in Gozdowo, Witt in Bardo, Lehrerin Wolny in Pawlowitz; c) vertretungsweise die Schulamtskandidaten Drygas in Zaleste, Briebach in Kazmierz, Petzelt in Bukwitz. — Paritätische Schulen. Angestellt: a) definitiv die Lehrer Schrinner in St. Lazarus, Fiebig II., Lehrerinnen Mahn, Baldamus, Bludau und Cunow in Posen. — Regier.-Bez. Bromberg. Evangelische Schulen. Mit der Vertretung beauftragt: Schulamtskandidat Rohde in Lipinhauland; Angestellt: a) einstweilig und widerruflich: Lehrer Seehafer in Wirsitz vom 1. Dezember; b) endgültig: Lehrer Lakomy in Netzort vom 1. Dezember. — Katholische Schulen. Entlassen auf eigenen Antrag: Lehrer Pundsack am 1. Januar 1896. Endgiltig angestellt: Lehrer Zakrzewski in Rakowo. — Paritätische Schulen. Entlassen: Lehrer Wendland aus Mietschisko am 1. Januar 1896. Mit der Vertretung beauftragt: Lehrerin Bertha Mohr in Inowrazlaw.

O. M. **Das Kammergericht** beendigte dieser Tage einen bemerkenswerthen Rechtsstreit, welcher gegen eine Magd von der Staatsanwaltschaft erhoben worden war. Die Magd Mirek war bei einem Oberförster in der Nähe von Bromberg in Stellung gewesen und sollte ihren Dienst eigenmächtig verlassen haben, da angeblich das Essen beim Oberförster zu schlecht gewesen sei. Ein Mädchen, welches früher beim Oberförster in Stellung gewesen war, erklärte, das Essen hätte erheblich besser sein können, denn es habe in der Woche nur 2 Mal Fleisch und sonst Gemüse gegeben. Ferner führte die Angeklagte an, daß Frau Oberförster ihre Einwilligung zur Auflösung des Dienstverhältnisses gegeben habe, was sich auch als zutreffend erwies. Trotzdem wurde die Angeklagte verurtheilt, da sie nothdürftige Kost, wie § 140 der Gesindeordnung verlange, erhalten habe; auch sei die Angeklagte nicht berechtigt gewesen, den Dienst ohne Zustimmung des Oberförsters aufzugeben. Gegen diese Entscheidung legte die Angeklagte Revision beim Kammergericht ein und machte geltend, da die Kost schlecht war, habe sie mit Zustimmung der Frau Oberförster den Dienst verlassen; die Hausfrau sei nach § 3 der Gesindeordnung berechtigt, ohne Einwilligung des Mannes weibliche Dienstboten anzunehmen, daraus gehe auch hervor, daß die Ehefrau auch berechtigt sei, weibliche Dienstboten zu entlassen. Obschon der Oberstaatsanwalt die Vorentscheidung für nicht einwandsfrei erachtete, wies das Kammergericht die Revision der Angeklagten zurück und führte aus, die Dienstmädchen könnten nur dann den Dienst sofort verlassen, wenn sie nicht die nothdürftige Kost erhielten, daß die Angeklagte aber die nothdürftige Kost (§ 140 Gesinde-Ordnung) erhalten habe, sei vom Vorderrichter festgestellt worden. Wenn auch nach § 3 der Gesinde-Ordnung die Ehefrau ohne ausdrückliche Einwilligung des Mannes weibliche Dienstboten annehmen könne, so sei hieraus noch nicht zu folgern, daß die Frau des Hauses berechtigt sei, ein solches Dienstverhältniß allein aufzuheben.

r. **Vakante Stellen für Militäranwärter.** Im Bezirk des V. Armeekorps: Zum 1. März 1896 beim kaiserl. Postamt Glogau die Stelle eines Postschaffners, mit 800 M. Gehalt und 144 M. Wohnungsgeldzuschuß; es ist eine Kaution von 200 M. zu stellen, welche durch Gehaltsabzüge gedeckt werden kann. — Sofort beim Magistrat von Hoyerswerda die Stelle eines 3. Nachtwachtmanns, mit 325 M. jährlich; die Stelle ist nicht pensionsberechtigt. — Im Bezirk der IV. Division: Zum 1. Januar 1896 beim Magistrat von Argenau die Stelle eines Stadtwachtmeisters und Vollziehungsbeamten, mit 900 M. Gehalt und Gebühren für Einziehung der Steuer, die Stelle ist pensionsberechtigt; die Militärdienstzeit wird bei der Pensionirung nicht mit eingerechnet. — Sofort bei der königl. Eisenbahndirektion Bromberg die Stelle eines Bureaudieners; Gehalt zunächst 1000 M. jährlich, nach erfolgter etatsmäßiger Anstellung 1000 bis 1500 M. und der Wohnungsgeldzuschuß für Unterbeamte oder freie Dienstwohnung. — Sofort bei Magistrat-, bezw. Polizeiverwaltung von Inowrazlaw die Stelle von 2 Polizeisergeanten; Jahresgehalt je 1000 M., sowie ein Zuschuß zu den Kleidergeldern von je 50 M. pro Jahr, von 3 zu 3 Jahren Zulage von 50 M. bis zum Höchstbetrage von 1400 M.; die Stellen sind pensionsberechtigt; bei einer Pensionirung wird die zurückgelegte Militärdienstzeit nicht angerechnet.

fg. **Schwere militärgerichtliche Bestrafung** hat einen Soldaten der hiesigen Garnison betroffen. Der am 1. Juni 1871 zu Berlin gebürtige Musketier Albert Grabow, der 1. Kompagnie des Infanterie-Regiments Graf Kirchbach (1. Niederschles.) Nr. 46, ist nämlich durch rechtskräftiges kriegsgerichtliches Erkenntniß des königl. Gerichts der 10. Division hierselbst wegen Fahnenflucht, Beschädigung eines Dienstgegenstandes, Preisgeben von Dienstgegenständen, ferner wegen eines schweren im wiederholten Rückfalle begangenen Diebstahls, endlich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Bedrohung mit einem Verbrechen, mit Einschluß einer aus einem früher gegen ihn ergangenen kriegsgerichtlichen Erkenntnisse noch zu verbüßenden Strafe, — mit einer Gesammtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und vierzehn Tagen Haft, sowie mit Entfernung aus dem Heere, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht bestraft worden. Grabow büßt gegenwärtig in der königl. Strafanstalt zu Rawitsch die Zuchthausstrafe ab.

Polnisches.

Posen, den 28. November.

s. **Aus dem Kreise Mogilno** wird dem „Dziennik" berichtet, in den daselbst zur Austheilung gelangten Zählformularen A. fehle die Rubrik 12 (die Muttersprache betreffend) die hier in Posen in demselben Formular Aufnahme gefunden habe. Angesichts dieser Verschiedenheit ist dem genannten Blatte das System nicht klar, nach welchem der Minister des Innern die Zählung vollziehen lasse. Das statistische Bureau müsse doch wissen, daß in Mogilno die Mehrheit der Bevölkerung polnisch spreche und daß es in Preußen 3 Millionen Polen gebe. Wenn die Zählung so unkonsequent und ungleichförmig durchgeführt werde, dann habe sie nicht den geringsten Werth. Man fürchte sich doch nicht etwa vor der Welt festzustellen, wie viel Polen in Preußen wohnten. Der Minister v. Köller müßte doch so viel wissen, daß selbst die diskreteste Statistik die Polen nicht ausrotten könne. Der „Dziennik" räth unter Hinweis auf obige Thatsache seinen Lesern, überall da, wo die Rubrik 12 fehle, in Rubrik 6 zu vermerken „Pole, preußischer Unterthan". Wer nicht deutsch schreiben kann, solle sich an einen dessen Mächtigen oder an den Ortspfarrer wenden. Besonders solle man den Zählern deutscher Nationalität auf die Finger sehen; die polnischen Zähler würden dem Wunsche der zu Zählenden gern nachkommen. Gebildetere und Geistliche sollten das Volk darüber belehren, daß es die Kennzeichnung der Nationalität in den Zählpapieren fordern solle. Es sei traurig, daß man sich so einfachen und natürlichen Angelegenheiten wie die Volkszählung des deutschen Chauvinismus erwehren müsse; da aber so traurige Verhältnisse herrschten, mußten sich die Polen nach Kräften wehren, damit sie nicht amtlich im Meere des Deutschthums ersäuft würden.

s. **Ergebniß der Wahlen für die Posener Landschaft.** In Ergänzung unseres gestrigen Berichts über die Wahlergebnisse theilen wir an der Hand des „Dziennik" mit, daß ferner gewählt worden sind: in Ostrowo 4 Polen (von Chełkowski-Starygród, Brodowski-Psary, von Żychliński-Twardowo und von Zabłocki-Leziona), in Beutschen 4 Deutsche (Hildebrandt-Silwno, Berger-Zembowo, Jacobi-Trzcionka und Breest-Pieske), in Colmar 4 Deutsche (Brendel-Samotschin, Wiedebusch-Podanin, Schönberg und Kömecke-Sarbia), in Bromberg 2 Deutsche und 2 Polen (Kühn-Zaleste, Bohn-Poplelewo, Grabski-Wroble und Matczyński-Ostrowo), in Gnesen 2 Deutsche und 2 Polen (Meißner-Radki, Walter-Dziećmiarki, Dr. von Chełmicki-Zydowo und Dr. von Żychliński-Modliszewo), in Wongrowitz 4 Deutsche (Körner-Stolenzyn, Miehlbrandt-Sarbki, Uecker-Niemczyn und Spitzer-Gr. Gola), zusammen 24 Polen und 18 Deutsche.

* **Der „Dziennik"** verlangt von uns Beweise dafür, daß die Deutschkatholiken von den Polen zurückgesetzt würden und daß Zwistigkeiten die Folge dieser Zurücksetzung seien. Mit welchem Recht verlangt der „Dziennik" von uns, daß wir sein Gedächtniß auffrischen? Wir haben Wichtigeres zu thun. Dem „Dziennik" sind doch ebenfalls alle diesbezüglichen Thatsachen bekannt, so daß wir uns eine Wiederholung derselben wohl ersparen können, daß Zwistigkeiten vorgekommen sind, bestreitet das polnische Blatt selbst nicht. Wo aber Rauch ist, da muß auch Feuer vorhanden sein. Daß der „Dziennik" lediglich „Auchkatholiken" für die vorgefallenen Streitigkeiten verantwortlich macht, ist ja für die Kampfmethode des Blattes sehr bequem, doch glauben wir, behaupten zu dürfen, daß dieser Begriff („Auchkatholiken") vom „Dziennik" im denkbar weitesten Sinne aufgefaßt wird.

s. **Als Repräsentanten des Kreises Obornik** sind in die Landwirthschaftskammern gewählt worden: für den Großgrundbesitz die Herren Martini-Lukowo und Cattien-Górka, für den Kleingrundbesitz Jahns-Bukowiec. („Dziennik.")

s. **Der Jahresbericht des Ausschusses des polnischen handelsgeographischen Vereins** in Lemberg enthält, wie der „Kuryer" berichtet, folgenden bemerkenswerthen Passus betreffend das polnische Emigrantenthum: „In Berlin, Frankfurt ... sind die Zustände des polnischen Auswandererthums soweit untersucht worden, daß wir entschieden zu der Ueberzeugung gelangen, daß ein längerer Aufenthalt unseres Elements in Deutschland verderblich ist; es hat daselbst keine Zukunft weder in materieller noch in nationaler Beziehung. Drum wäre es erwünscht, sein Dortbleiben nicht zu unterstützen, sondern ihm lieber die Rückkehr oder aber die Auswanderung übers Meer zu erleichtern, wo es günstigere Verhältnisse vorfindet. Mehr oder weniger sind sich auch die Polen in diesen Städten dieses Sachverhalts bewußt." Der genannte Verein soll ein Werkchen „Spezielle Beschreibung des brasilianischen Staates Parana" herausgegeben, Delegirte nach Südamerika entsendet, und die Sammlung von Informationen zwecks Organisirung der Ausfuhr ins Werk gesetzt, sowie Beziehungen mit dem „Raphaelverein" und der „Oesterreichischen Kolonial-Gesellschaft" angeknüpft haben."

s. **Die Stockung in der neuen Emission von Aktien der „Bank ziemski"** will der „Orędownik" vorausgesehen haben. Trotzdem der Augenschein lehre, daß die Kapitalien in dem genannten Institut eine sichere Anlage fänden, habe die Zeit bewiesen, daß die polnische Gesellschaft auf preußischem Gebiet nicht im Stande sei, einige Hunderttausend Mark für derartige Zwecke flüssig zu machen. Die wohlhabenderen Kreise könnten dies beim besten Willen nicht. Es mangele hier weder an Vaterlandsliebe, noch an Bürgersinn, noch an Verständniß für die öffentliche Sache, — die Schuld trage lediglich die finanzielle Impotenz. Wären jene Summen vorhanden, sie würden sicher aufgebracht. Die einzige Konsequenz aus diesem Thatbestand — den Gedanken an die neue Emission aufzugeben und sich mit den vorhandenen Mitteln zu behelfen, — wolle die Bank sich nicht zu eigen machen, da sie immer noch hoffe, den Weg zu den Taschen der wohlhabenderen Landsleute zu finden. Diese Energie im Verfolgen eines gefaßten Planes sei lobenswerth, und die diesbezüglichen Artikel im „Dziennik" müßten als zweckentsprechend bezeichnet werden. Ein Sinken des Bürgersinns bekunde jedoch der letzthin im „Dziennik" von einem Kempener Korrespondenten dieses Blattes gemachte Vorschlag, die bisher für den Kosciuszko- und Ledochowskifonds gesammelten Spenden in Aktien der Bank Ziemski anzulegen. Auf eine Summe von 15000 Mark, welche jene Sammlungen repräsentirten, dürfe ein Institut wie die Bank Ziemska überhaupt nicht reflektiren. Diese Methode, die Fonds der Bank zu verstärken, würde dahin führen, daß alle Beiträge, welche die Gesammtheit zu irgend welchen Zwecken sammle, der Bank einverleibt und die Zinsen zu den betreffenden Zwecken jener Sammlungen verwendet würden. Nun sei die Bank ein finanzielles Unternehmen, das gegenwärtig wohl prosperire und stetig und sicher operire, das jedoch möglicher Weise einmal in Schwierigkeiten gerathen und damit die ihr anvertrauten öffentlichen Fonds gefährden könnte. Daß man dem frisch aufgeworfenen Gedanken in den Kreisen des „Dziennik" Beifall spende, glaubt der „Orędownik" wohl. Habe doch vor Jahren verlautet, daß in diesen Kreisen für den Gedanken Propaganda gemacht werde, es den polnischen Kreditgenossenschaften als Pflicht aufzuerlegen, alljährlich eine gewisse Quote vom Reingewinn zu öffentlichen Zwecken, z. B. für das Theater, herzugeben und daß auf diese Weise die „gute" polnische Gesammtheit den Czechen an Opferfreudigkeit ähneln werde. Der „Kosciuszkofonds" sei zu Bildungszwecken bestimmt und könne daher höchstens dem Marcinkowskifonds einverleibt werden, während der Ledochowskifonds den Charakter privaten Eigenthums an sich trage, über welches in erster Linie derjenige Bestimmung zu treffen habe, für den es gesammelt worden sei. Obiger Rathschlag sehe aus, als sei aller Gemeingeist geschwunden, als sei der Anfang vom Ende da, welches jeder Gesammtheit angeboren sei, die jedes konservativen

Sinns entbehre. Mit solchen Symptomen, wenn dieselben auch nur vorübergehend seien, müßten die Mittelklassen rechnen, um nicht etwa in dieselben steten krankhaften Täuschungen zu verfallen.

* **Nochmals der Verkauf von Piglowice.** In einer uns aus Schroda zugegangenen Mittheilung war gesagt worden, Herr Dr. Kusztelan habe nicht, wie er behauptete, das Gut für Frau v. Moszczenska-Piglowice gekauft, sondern Herr Rechtsanwalt Schmidt habe für diese Dame das Gut erstanden, indem er das letzte Kusztelan'sche Gebot von 287 050 M. um 1 M. überbot. Von Herrn Dr. Kusztelan wird uns nun das amtliche Protokoll über den Verkaufstermin zugesandt, aus welchem ersichtlich ist, daß Herr Dr. Kusztelan selbst das letzte Gebot von 287 051 M. für Frau v. Moszczenska abgab; allerdings hat er auch das vorletzte Gebot von 287 050 M. abgegeben, sich selbst also um 1 M. überboten.

s. **Ein „Sokol"** ist in Briesen (Westpr.) gegründet worden. („Dziennik.")

Aus der Provinz Posen.

√ **Kosten,** 28. Nov. [Lotterie.] Nach der gestern beim Vorstande des St. Vincent Frauen-Vereins (Schriftführerin Frau Maurermeister Wloszkiewicz) hierselbst eingegangenen Verfügung des Herrn Oberpräsidenten hat derselbe diesem Vereine die Genehmigung zu einer im Dezember d. J. zu veranstaltenden Verloosung von kleineren Gegenständen zum Besten der Armen bis zu dem Umfange von 1000 Loosen zum Preise von je 50 Pf. mit der Maßgabe ertheilt, daß der Vertrieb der Loose auf die Kreise Kosten, Schmiegel, Grätz, Gostyn und Schrimm beschränkt bleibe.

rs. **Rakwitz,** 27. Nov. [Lehrer-Versammlung.] Gestern Nachmittag 5 Uhr fand im Saale des hiesigen Schützenhauses eine Vereinssitzung des Lehrervereins Rakwitz, Rostarschewo und Umgegend statt. Lehrer Gaumert (Wiosker Hauland) referirte über „das Schollersche Rechenhilfsmittel und seine Anwendung im Rechenunterrichte", und führte an demselben eine Reihe von Rechenaufgaben aus den vier Spezies praktisch vor.

–t. **Schweinert,** 27. Nov. [Meteorologisches. Strike. Jahresbericht.] Von der hiesigen Gewitterbeobachtungsstation sind im Laufe dieses Jahres 35 Berichte über Gewittererscheinungen an das meteorologisches Institut in Berlin abgesandt worden. Die meisten Gewitter wurden im Monat Juli verzeichnet und zwar 12; dann folgten August mit 10, April mit 4, Mai und September mit je 3, Juni mit 2 und November mit 1 Gewitter. Das früheste Gewitter war am 24. April und das späteste am 11. November. — Die in der hiesigen fürstlich hohenzollernschen Forst beschäftigten Waldarbeiter haben schon seit Anfang voriger Woche die Arbeit eingestellt, da dieselben mit dem Lohnsatz, den sie auch in früheren Jahren erhalten haben, nicht mehr zufrieden sind. Die Verwaltung will jedoch keinen höheren Lohnsatz bewilligen. Man ist nun gespannt, wer nachgeben wird. — Die Waisen- und Rettungs-Anstalt zu Rokitten, im Kreise Schwerin a. W., welche jetzt ihren 52. Jahresbericht (1894/95) herausgiebt, hatte im letzten Jahre 43 Zöglinge; von diesen entfallen auf die Kreise Schwerin, Samter, Schubin, Neutomischel, Bomst, Mogilno je 2, auf Posen, Inowrazlaw je 4, Meseritz 7, Bromberg 8, auf Kolmar, Obornik, Kosten, Jarotschin und Schroda je 1 und auf Grätz 3 Zöglinge. Die Anstalt hatte eine Einnahme von 11 204,66 M. und eine Ausgabe von 11 127 M.

√ **Pakosch,** 27. Nov. [Apotheken-Verkauf.] Die dem Apotheker Erich Ohm hierselbst gehörige Apotheke ist, wie verlautet, durch Kauf in den Besitz des Apothekers Hieronymus Jasinski aus Posen, früheren Mitinhabers des dortigen Droguengeschäfts Jasinski u. Olynski, übergegangen.

⊙ **Pleschen,** 27. November. [Stadtverordnetenwahlen. Jahresbericht der Rettungsanstalt. Grundstücksverkauf. Rathhaus in Koschmin.] Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl übten in der 3. Abtheilung von 324 stimmberechtigten Bürgern 127 ihr Wahlrecht aus; alle diese Stimmen fielen, da die Deutschen wegen der Aussichtslosigkeit einer eigenen Kandidatur von einer solchen Abstand genommen hatten, den beiden polnischen Kandidaten Fleischermeister Felix Jezierski und Rendant Franz Gdeczyk zu. In der zweiten Abtheilung wählten von 58 Wählern nur 23; es erhielten Bankier Louis Oppler 14, Maschinenbauer Jezierski 9 Stimmen, ersterer ist somit gewählt. In der ersten Abtheilung waren von 22 Wählern 17 zur Wahl erschienen, davon entfielen 8 Stimmen auf den Ackerbürger Balcerek, 9 auf den Kaufmann Salo Gellert, letzterer ist also gewählt. — Die hiesige Streckersche Rettungsanstalt versendet soeben ihren Jahresbericht für die Zeit vom 1. November 1894 bis 31. Oktober d. Js. Aus demselben ersehen wir, daß die Anstalt gegenwärtig 62 Zöglinge zählt. Die Unterhaltung jedes Zöglings kostet pro Jahr 200 M. Im Berichtsjahre hatte die Anstalt einen Zuschuß von 5890 Mark zu den ihr von Kommunen ꝛc. gezahlten Pensionen zu zahlen. Nach Abzug des der Anstalt aus dem von Kottwitzschen Fonds gewährten Zuschusses von 2475 Mark bleibt noch ein Minus von 3415 M.; diese müssen durch Zinsen aus Kapitalien und durch Liebesgaben gedeckt werden. Die Zinsen haben sich nun in den letzten Jahren verringert, die Liebesgaben haben ebenfalls gegen früher abgenommen, so daß das Kuratorium gezwungen ist, sich in dem Berichte an die evangelischen Gemeinden und die Kommunalverbände der Provinz Posen, ferner an alle Gustav Adolf-Vereine, Frauen- und Jungfrauenvereine mit der Bitte um Unterstützung der Anstalt zu wenden. — Das bisher dem Partikulier Bayer gehörige Grundstück in der Posenerstraße ist durch freihändigen Verkauf für den Preis von 10 000 Mark in den Besitz des Schlossermeister Szierszulski übergegangen. — In unserer Nachbarstadt Koschmin beabsichtigen die städtischen Behörden ein neues Rathhaus zu bauen. Dasselbe soll auf dem Marktplatze errichtet werden.

g. **Jutroschin,** 27. Nov. [Einbrüche in Krotoschin. Thierschutz.] An zwei der letzten Abende wurden in Krotoschin zwei Einbruchsdiebstähle verübt, der eine bei dem Kaufmann Schmul am Markte, wo eine goldene Herrenuhr, ein Brillantring und über 100 Mark Geld gestohlen wurden. Durch das nach dem Hofe noch nicht geschlossene Comtoir (es war zwischen 7 und 8 Uhr) war der Dieb eingedrungen, hatte den oberen Theil des Schreibpultes abgehoben und die in demselben in einer Kassette verwahrten Gegenstände entwendet. Die letztere wurde später auf dem Felde gefunden. Beim zweiten Einbruch wurde aus der Scheune des Ackerbürgers Lockiewicz auf der Pläne eine bedeutende Quantität Heu gestohlen; der Thäter wurde aber Tags darauf in der Person des Bilderhändlers S. von der Pläne, in dessen Stalle ein Theil des gestohlenen Heues sich vorfand, ermittelt. — Der Kreisschulinspektor Streich in Gostyn hat angeordnet, daß in dieser Woche eine Unterrichtsstunde in den ihm unterstellten Schulen ausschließlich der Belehrung über den Thierschutz gewidmet sein soll.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* **Breslau,** 28. Nov. [Ueber die Nichtannahme von Geschenken] hat die Regierung zu Breslau Folgendes bestimmt: „In unserer Cirkularverfügung vom 30. April 1875 haben wir Sammlungen unter Schulkindern zu was immer für einen Zweck strengstens untersagt. Wie jedoch die angestellten Ermittelungen ergeben haben, ist es auch jetzt noch in einer nicht geringen Zahl von Schulen üblich, Geldbeträge einzusammeln zum Ankauf von Geburtstags- bezw. Namenstagsgeschenken für den Lehrer. Unverkennbar dient solche Darbietung von Geschenken sowohl dem Lehrer wie den Schülern zum Nachtheil; überdies widerspricht dieser Gebrauch unserer oben angeführten Cirkularverfügung. Wir nehmen darum Veranlassung, hierdurch ausdrücklich die Annahme von Schülergeschenken an Geburts-, Namens- oder Jubiläumstagen, sowie zu Weihnachten oder Neujahr den Lehrern streng zu verbieten.

* **Schweidnitz,** 27. Nov. [Rittergutsbesitzer Dr. Paul von Kulmiz] ist der „Bresl. Ztg." zufolge in Arnsdorf (Riesengebirge) heute Vormittag einem Gehirnleiden erlegen. Der Verstorbene, welcher am 8. November d. J. das 60. Lebensjahr vollendete, war als ältester Sohn des Geh. Kommerzienraths C. von Kulmiz Leiter der großartigen Saarauer Werke, die einen Weltruf erlangt haben. Als Reichstags-Abgeordneter vertrat der nunmehr Heimgegangene in den Jahren 1881 bis 1889 den Wahlkreis Schweidnitz-Striegau. Dem Verstorbenen gehörte die Herrschaft Conradswaldau, ein Grundbesitz, welchen der Vater desselben im Jahre 1868 für 1 900 000 Mark von den Landgräfin Fürstenbergschen Erben käuflich erworben hatte. Am 1. Januar 1893 erkrankte Dr. v. Kulmiz gelegentlich der Neujahrsempfänge auf Schloß Conradswaldau bei Saarau. Der alsbald herbeigerufene Professor Dr. Gerhard-Berlin konstatirte ein chronisches Gehirnleiden, das unter mehrfachen Schwankungen fast ununterbrochen andauerte und einen lethargischen Verlauf nahm. Die Beisetzung findet in Arnsdorf statt.

* **Danzig,** 27. Nov. [Freibezirk.] Dem Vernehmen nach steht es jetzt fest, daß Danzig bei Neufahrwasser einen Freibezirk — nicht etwa einen Freihafen — erhalten soll, den es sich selbst herstellt. Eine Verarbeitung der dort eintreffenden Produkte (Getreide und Spiritus) darf in dem Bezirk nicht vorgenommen werden.

–g. **Danzig,** 27. Nov. [Ein Ehrengeschenk] von 1000 Mark wurde dem Chefarzt des hiesigen städtischen Krankenhauses Dr. Baum gewährt, welcher seiner angegriffenen Gesundheit wegen einen halbjährigen Urlaub nach dem Süden genommen hat.

Aus dem Gerichtssaal.

n. **Posen,** 27. Nov. In der heutigen Sitzung der zweiten Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Raemisch wurde in zweiter Instanz gegen den Tischlergesellen Ladislaus Urbanski verhandelt. Derselbe war vom Schöffengericht wegen Diebstahls und Hausfriedensbruchs zu zehn 10 Tagen Gefängniß verurtheilt worden, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Auf seinen Antrag wurde die Sache vertagt und zu dem neuen Termine die Zeugen erster Instanz sowie der Bruder des Angeklagten, ein bei dem 5 Feldartillerie-Regiment in Glogau stehender Soldat, geladen. — Hierauf wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den Knecht Wojciech Dutkiewicz aus Czerleinko wegen widernatürlicher Unzucht verhandelt. Das Urtheil lautete auf eine Woche Gefängniß. — Nun betraten fünf Personen aus Przystanki, die sich theils wegen Majestätsbeleidigung, theils wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung zu verantworten hatten, den Anklageraum. Auch diese Verhandlung wurde theilweise unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Der Schankwirth Martin Kazmierczak wurde wegen Körperverletzung in zwei Fällen zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt, der Maurergeselle Johann Kazmierczak wurde von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen. Der Arbeiter Valentin Piechota erhielt wegen Hausfriedensbruchs zwei Wochen, der Fischerknecht Andreas Pospieszny wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung drei Wochen Gefängniß. Pospieszny war auch wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, er wurde jedoch nach dem Antrage des Staatsanwalts von dieser Anklage freigesprochen. Dagegen traf den letzten Angeklagten, den Arbeiter Michael Rogala wegen Majestätsbeleidigung eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe. Der Staatsanwalt hatte nur drei Monate Gefängniß beantragt, da aber die Beleidigung eine schwere und der Angeklagte Soldat war, wurde auf eine höhere Strafe erkannt.

* **Leipzig,** 25. Nov. Der Streit um die Thronfolge in Lippe-Detmold sollte wieder einmal, wie im vorigen Sommer, auf einem kleinen Umwege dem Reichsgerichte zur Entscheidung unterbreitet werden. Vom Landgerichte Detmold ist am 4. Juli der Redakteur der „Lippe'schen Landeszeitung" (Amtsblatt) Max Quintin wegen Beleidigung eines Mitgliedes des landesherrlichen Hauses zu sechs Wochen Festungshaft verurtheilt worden. Als am 4. Mai v. J. der zum Regenten des Fürstenthums ernannte Prinz Adolf zu Lippe-Schaumburg in Detmold ankam, that Herr Quentin einem Berufsgenossen gegenüber und vor weitern Ohrenzeugen eine Aeußerung, die sich auf angebliche Charaktereigenschaften des bückeburgischen Fürstenhauses bezog und vom Gerichte als beleidigend erkannt wurde. Der § 97 des Str.-G.-B. wurde angewandt, weil Prinz Adolf als Regent ein Mitglied des landesherrlichen Hauses sei. Gegen seine Verurtheilung hatte der Angeklagte Revision eingelegt, die heute den 3. Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte. Der Vertheidiger behauptete, Prinz Adolf sei nicht berechtigt, in Detmold zu regieren. Das Landgericht habe zu Unrecht das Gegentheil angenommen und den Angeklagten verurtheilt. Dieser habe deshalb ein lebhaftes Interesse an der Entscheidung der Frage, ob Prinz Adolf zu Recht die Herrschaft ausübe. Deshalb dürfe auch der Strafsenat sich der Entscheidung dieser Frage nicht entziehen. Dieser Ausführung trat Reichsanwalt Schumann entgegen. Zum zweiten Male, sagte er, werde der Versuch gemacht, auf dem Wege der Revision im Strafverfahren die lippische Erbfolge zu entscheiden. Dieser Versuch sei aber vergeblich. Es bedürfe gar nicht des Zurückgreifens auf die Zustände der lippischen Lande in frühern Jahrhunderten. Maßgebend sei allein, daß Prinz Adolf thatsächlich die Regentschaft in Lippe-Detmold übernommen habe und daß seine Regentschaft, abgesehen von der Verfügung des letzten Inhabers der Regierungsgewalt, durch ein lippisches Gesetz legitimirt sei. Dieses Gesetz sei rechtlich wirksam und es ergebe sich daraus, daß der gegenwärtige Inhaber der landesherrlichen Funktionen der Regent Prinz Adolf sei und daß Beleidigungen, die ihm zugefügt werden, zweifellos unter den § 97 fallen. Es komme noch hinzu, daß die Thronprätendenten nicht nur mit der Uebertragung der Regentschaft auf den jetzigen Inhaber, sondern auch mit der provisorischen Regelung der Erbschaftsfrage, wie sie durch das Gesetz vom April 1894 erfolgt ist, sich ausdrücklich einverstanden erklärt haben, so lange nicht durch die zuständigen Instanzen und Behörden die Erbfolgefrage geregelt sei. Es sei ja nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung der Streitfrage in die Hände des Reichsgerichts gelegt werde, aber zu diesem Zwecke bedürfe es eines besondern Gesetzes, das noch nicht erlassen sei. Im übrigen gebe das hier fragliche Urtheil in keiner Hinsicht zu Bedenken Anlaß. Der Vertheidiger erwiderte hierauf, es komme nicht nur darauf an, wer Regent sei, sondern wer es nach dem Staatsrechte sein dürfe. Das Reichsgericht sah sich nicht veranlaßt, auf die vom Vertheidiger angeregte Streitfrage einzugehen. Es stellte sich auf den Standpunkt der Thatsachen und erkannte deshalb im Einklang mit den Ausführungen des Staatsanwalts auf Verwerfung der Revision des Angeklagten.

* **Berlin,** 27. Nov. Eine Spielhölle war seit vielen Monaten in dem Wartenberg'schen Schanklokale in der Linienstraße eingerichtet und der Tempel, der dort allnächtlich erbaut wurde, bildete allnächtlich das Ziel einer ziemlich starken Gemeinde von Tempelrittern. Um Mitternacht begann dort das Leben. Wenn die Polizeistunde herangerückt war, wurden die Jalousien herabgelassen, die rothe Laterne ausgedreht. Drinnen im Gastzimmer aber entwickelte sich ein reges Leben. Die Eingeweihten erhielten auf dreimaliges Anschlagen an die Jalousien Einlaß und bald saßen 20—30 Personen um den großen Tisch und erregten ihre Nerven durch die Wechselfälle, die das schöne Spiel „Meine Tante — Deine Tante" darbot. Der Vorgang wiederholte sich fast in jeder Nacht und wenn die Kellnerinnen, denen bis gegen 3 Uhr die „Bedienung von zarter Hand" obgelegen hatte, gegen 10 Uhr Vormittags wieder ihren Dienst antraten, fanden sie häufig genug die Tafelrunde noch beisammen. Die Polizei hatte bald Kenntniß von dem Treiben und eines guten Tages wurde die Gesellschaft von einem verkleideten Kriminalbeamten überrumpelt. Der Gerichtshof erkannte gegen die Wirthsleute wegen Duldung des Glückspiels auf 100 M., gegen die Frau auf 50 M. Geldstrafe und verurtheilte den Bankhalter, Viehkommissionär Herm. Henke, zu sechs Monaten Gefängniß.

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt,** 27. Nov. Die Kaiserliche Familie wird, wie man meldet, im nächsten Jahre gleich nach Beendigung der Karnevalszeit resp. der Hoffestlichkeiten in Berlin einen längeren Aufenthalt im Süden, wahrscheinlich wieder in Abbazia oder in einem am Mittelländischen Meere belegenen italienischen Orte, nehmen. Auch der Kaiser wird sich eine Zeit lang dort aufhalten. Die „Hohenzollern" wird deshalb in den dortigen Gewässern stationirt werden und darum bereits jetzt einer umfassenden Ausbesserung unterzogen.

Eine neue Oper von Sullivan, „Ivanhoe" nach W. Scotts gleichnamigem Roman ging am Dienstag im Opernhause zum ersten Male in Szene und errang einen sog. Achtungserfolg. Der Kaiser wohnte der Première bei und sprach sich, dem „Lok.-Anz." zufolge Sir Arthur Sullivan gegenüber dahin aus, daß er derartig melodramatische Werke sehr gern habe und sie auch sehr belehrend auf das Publikum wirkten. Der Kaiser sagte dem Komponisten zu, noch einige Male den Aufführungen beizuwohnen.

Zu Ehren des Schachmeisters Steinitz gab die Berliner Schachgesellschaft heute Abend in dem Hotel zu den vier Jahreszeiten ein Festmahl. Steinitz dankte in einem Toast für die ihm bereiteten Ehren und feierte das königliche Spiel, welches den Verstand schärfe, die gesunde Logik entwickele und hohe Geistesgegenwart verlange. Leider werde das Schachspiel noch viel zu wenig als erziehliches Mittel gewürdigt; seine Ausbreitung wäre durchaus zu wünschen. — Aus der Fülle der Festlieder, welche den Abend verherrlichten, wird der Vers mitgetheilt, welcher wegen der Anspielung auf die berühmten Schachspieler mit stürmischem Jubel aufgenommen wurden: Alle Torten süßen, alle Torten süßen, nur die Zuckertorten süßen nicht; alle Aschen modern, alle Aschen modern, nur die Tarrasche modern nicht; jeder Stein verwittert, jeder Stein verwittert, nur der Steinitz, er verwittert nicht!"

Die Schloßbrauerei Weißensee, früher im Besitz von Sternecker, ist von dem Braumeister der Patzenhofer-Brauerei, Enders, käuflich erworben und bereits übernommen worden. Als Kaufpreis wird die Summe von 700 000 Mark genannt. Es handelt sich bei dem Kauf nur um die Brauerei, nicht auch um das Schloßrestaurant mit dem ausgedehnte Vergnügungspark. Das Sternecker-Etablissement hat in den letzten Jahren mehrfach von sich reden gemacht. Der letzte Besitzer, Sternecker, der früher auch die „Neue Welt" in der Hasenhaide und dann in Berlin in der Dresdenerstraße das „Weltrestaurant" hatte, gerieth schließlich in so große finanzielle Schwierigkeiten, daß er sich heimlich entfernte und seinen Gläubigern das Nachsehen ließ. Einiges Aufsehen erregte es im vergangenen Sommer, als dem Militär der Besuch des „Sternecker" verboten wurde. Dieses Verbot wurde bei Gelegenheit der Sedanfeier für diesen Tag und erst ganz kürzlich überhaupt wieder aufgehoben. Ob die Aufhebung mit dem Besitzwechsel der Brauerei zusammenhängt, ist nicht bekannt.

Ein bescheidener Finder stellte sich Dienstag Morgen beim Engrosschlächtermeister Robert Goltze aus Cocyn ein. Goltze hatte gegen 5 Uhr früh in der Centralmarkthalle einen Tausendmarkschein verloren. Ein Fleischabträger aus Bietz, der in der Centralmarkthalle unter dem Namen „der lange Wilhelm" bekannt ist, brachte zwei Stunden später den von ihm gefundenen Tausendmarkschein dem Meister zurück. Hocherfreut bot dieser dem ehrlichen Finder eine Belohnung an, aber dieser lehnte das dankend ab und begnügte sich damit, auf das Wohl des Meisters ein Glas zu trinken und ein warmes Frühstück von ihm anzunehmen. (Der Finder hätte einen gesetzlichen Finderlohn von 100 M. zu beanspruchen gehabt.)

† **Für den ersten Täufling** in der neu eingeweihten Kirche in Kurzel, eine Tochter des dortigen Lehrers, hat der Kaiser wie man hört ein Sparkassenbuch mit 200 M. anlegen lassen. Der Betrag mit den Zinsen soll dem Mädchen bei seiner Konfirmation ausgehändigt worden. Das Kind ist auf dem Namen Wilhelmine Auguste getauft worden.

† **Otto Ehlers todt.** Der „Hamb. Corresp." meldet, der Afrikareisende Otto Ehlers sei bei dem Versuch, das englische Gebiet von Neu-Guinea zu durchqueren, ertrunken. Von der Expedition seien nur zwanzig Personen am Ziele angekommen. Otto Ehrenfried Ehlers war am 31. Januar 1855 in Hamburg geboren, er studirte in Heidelberg, Jena und Bonn Landwirthschaft und Jurisprudenz und trat dann im Jahre 1887 in den Dienst der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft. Er machte im Sommer 1888 eine Expedition nach dem Rufidschi und Rovuma mit und begab sich im Herbst in das Dschaggaland am Fuße des Kilima-Ndscharo. Ein Jahr später traf er mit einer Gesandtschaft des Häuptlings Mandara in Berlin ein, hielt sich aber hier nur zwei Monate auf. Nachdem kehrte er nach Zanzibar zurück, begleitete Wißmann während des Araberaufstandes auf seinem Zuge nach Mpwapwa und begab sich im Dezember desselben Jahres zum zweiten Male an den Kilima-Ndscharo, um den Häuptling Mandara die Geschenke des deutschen Kaisers zu überbringen. Er hat auch Vorder- und Hinterindien, Tongking, China, die Mongolei und Sibirien bereist. Daß er neben seinen Reisebeschreibungen auch Zeit zur Poesie fand, wird Vielen neu sein. Es existirt von Otto Ehlers ein Band Gedichte, „Kornähren der Poesie" betitelt.

Inzwischen ist folgendes, die Todesnachricht bestätigendes Telegramm aus Hamburg 28. November zugegangen: Das Unglück der Expedition des Forschers Otto Ehlers geschah auf dem Marsche von Bayerburg nach dem Heathfluß. Der Landeshauptmann Ruediger warnte dringend vor der Kühnheit des Unternehmens, welches er später jedoch kräftig unterstützte.

† **Ein monumentaler Rausch.** Auf dem Museumsplatze in Wien spielte sich Montag Abend eine absonderliche Scene ab. Ein Wachmann, der seine Runde machte, sah auf dem hoch sich aufbäumenden Marmor-Pferde einer der Thierbändigergruppen einen Mann sitzen und hörte, als er näher trat, wie der nächtliche Gast rief: „Ich bin der Prinz Eugen!" Der Wachmann forderte den Mann auf, von der Statue herabzusteigen; dieser wiederholte jedoch unaufhörlich: „Ich bin der Prinz Eugen, ich habe das Recht,

zu retten, und bitte um Futter für mein Pferd!" Dem Wachmann gelang es endlich, den Mann in die Wachstube der Hofstallung zu führen. Dort war nur so viel aus ihm herauszubringen, daß er der 28jährige Böttchergehilfe Jakob Prihoda sei. Prihoda hatte stark über den Durst getrunken; da man jedoch annahm, daß selbst der monumentalste Rausch nicht hinreiche, um in einem Böttchergehilfen die Vorstellung zu erzeugen, er sei der Prinz Eugen, wurde er der Rettungsgesellschaft übergeben, die ihn zur Prüfung seines Geisteszustandes auf die psychiatrische Klinik brachte.

Handel und Verkehr.

W. **Warschau**, 27. Nov. [Original-Hopfenbericht der „Pos. Ztg."] Die flaue Tendenz, welche schon seit längerer Zeit auf unserem Hopfenmarkt herrscht, hat in Folge der von den ausländischen Märkten entmuthigend lautenden Berichten noch mehr Platz gegriffen. Die wenige Kauflust beschränkt sich jetzt lediglich auf die feineren Qualitäten, die nur noch wenig vorhanden sind. Käufer dafür sind inländische Brauer und Kommissionäre, die für bairische und böhmische Rechnung kaufen. Für die mittleren Sorten fehlte jede Nachfrage und kommen darin nur ganz vereinzelte Abschlüsse zu Stande. Vom hiesigen Reichsbanklager haben viele Produzenten, die dort ihr Produkt lagerten, größere Partien zum bestmöglichsten Verkauf nach Nürnberg gesandt. Notirungen: Primawaare 8—9½ Rubel, mittelfein 5—7 Rubel, geringere 2½—4 Rubel pro Pud. Das hiesige Lager, welches 4500 Pud betrug, wurde durch neu eingetroffene Zufuhren aus den Gouvernements Radom und Wolhynien auf ca. 6000 Pud erhöht.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 28. November. Schlußkurse.		N.v.27.
Weizen pr. Dezbr.	142 75	143 25
do. pr. Mai	147 —	147 —
Roggen pr. Dezbr.	117 75	117 —
do. pr. Mai	122 75	123 —
Spiritus. (Nach amtlicher Notirung.)		N.v.27.
do. 70er loko ohne Faß	32 50	32 70
do. 70er Novbr.	37 30	37 10
do. 70er Dezbr.	37 —	36 90
do. 70er Januar	— —	— —
do. 70er Mai	37 80	37 80
do. 70er Juni	38 10	38 10
do. 50er loko o. F.	52 —	52 20

		N.v.27.			N.v.27.
Dt. 3% Reichs-Anl.	99 10	99 10	Russ. Banknoten	219 90	220 25
Pr. 4% Konf.Anl.	105 —	105 —	R. 4½% Bdk.-Pfb.	102 70	102 90
do. 3½% „	103 90	103 90	Ungar. 4% Goldr.	102 20	102 —
Pos. 4% Pfandbr.	101 30	101 10	do. 4% Kronenr.	98 10	98 10
do. 3½% do.	100 70	100 60	Oesterr.Kred.-Akt. (Ultimo)	232 20	230 70
do. 4% Rentenb.	104 60	104 60	Lombarden (Ultimo)	42 90	42 —
do. 3½% do.	102 10	102 10	Disk.-Kommandit (Ultimo)	210 20	208 50
do. Prov.-Oblig.	100 70	100 75			
NeuePos.Stadtanl.	101 20	101 30	**Fondsstimmung**		
Oesterr.Banknoten.	169 25	169 30	schwach		
Oester.Silberrente.	99 50	99 20			
Ostpr.Südb.E.S.A.	91 —	91 —	Dortm.St.-Pr.La.A.	57 —	56 —
MainzLudwigsh.dt.	117 25	117 —	Gelsenkirch.Kohlen.	176 —	176 40
Marienb.Mlaw.do	76 50	76 40	Inowrazl. Steinsalz	55 75	55 90
Lux. Prinz Henry	73 30	73 50	Chem. Fabrik Milch	127 —	127 —
Poln. 4½% Pdbrf.	67 25	67 30	Oberschl. Eis.-Ind.A.	99 50	99 —
Griech. 4% Goldr.	26 75	26 25	Hugger-Aktien	146 —	146 75
Italien. 3% Rente.	86 50	85 75	Chem. Fabr. Union	108 75	108 50
do. 4% Eisenb.-Obl.	53 —	52 40	Ultimo:		
Mexikaner A. 1890	92 —	91 20	Jt. Mittelm.E.St.A.	89 40	89 —
Russ. 4% Staatsr.	66 45	66 50	Schweizer Centr.	130 25	130 —
Rum. 4% Anl.1890	86 50	86 50	Warschau-Wiener	259 25	259 75
Serb. Rente 1885	65 40	65 40	Berl. Handelsgesell.	149 50	147 75
Türken Loose	109 30	108 75	DeutscheBank-Aktien	197 75	196 25
Disk.-Kommandit.	210 —	209 40	Königs- und Laurah.	152 50	149 75
Pos. Prov. A. B.	108 10	108 10	Bochumer Gußstahl	159 —	157 90
Pos. Spritfabrik.	— —	— —	Pr. Consol. 3%	99 10	99 25
Schwarzkopf	246 —	243 75			

Nachbörse: Kred. 232,90. Diskonto-Kommandit 210,75. Russ. Noten 219,75. Pos. 4% Pfandbr. 101,30 Br. 3½% Pos Pfandbr. 100,70 Gd. Franzosen 156,—

Telephonische Börsenberichte.

Breslau, 28. Nov. [Spiritusbericht.] Novbr. 50er 50,00 M., 70er 30,50 M. Tendenz: unverändert.

Hamburg, 28. Nov. [Salpeter.] Loko 7,15 M., Febr.-März 1896 7,30 M. Tendenz: stetig.

London, 28. Nov. 6% Javazucker 12⅝, ruhig. Rüben-Rohzucker 10¼. Tendenz: ruhig. — Wetter: Regen.

Marktberichte.

** **Breslau**, 28. Novbr. [Privatbericht.] Bei stärkerem Angebot war die Stimmung ruhig und Preise sind unverändert geblieben.

Weizen bei schwacher Zufuhr fest, weißer per 100 Kilo 14,70 bis 15,00 M., gelber per 100 Kilogr. 14,60 bis 14,90 Mark, feinster über Notiz. Roggen höher, per 100 Kilo. 11,40—11,60—12,00 Mark, feinster über Notiz. — Gerste schwach gefragt, per 100 Kilo 10,00 bis 12,00 bis 13,50 bis 14,60 M., feinste darüber. — Hafer ruhig, alter per 100 Kilogramm 12,10—12,50 Mark, neuer per 100 Kilogr. 10,20—11,00—11,60—12,00 M., feinster über Notiz. — Mais wenig Umsatz, alter per 100 Kilo 11,50—12,25 Mark, neuer per 100 Kilo 10,25—11,00 Mark. — Erbsen etwas besser gefragt, Kocherbsen per 100 Kilogr. 12,00—14,00 Mark, Viktoria- per 100 Kilo 13,50—14,50 M., feinste gelesene wenig vorhanden, Futtererbsen per 100 Kilogr. 11,00—12,00 M. — Bohnen etwas mehr angeboten, per 100 Kilogr. 19,00 bis 20,00—21,00 Mark. — Lupinen knapp angeboten, gelbe 9,00 bis 9,50 M., feinste darüber, blaue 7,50—8,00 M. — Wicken wenig gefragt, per 100 Kilogr. 10,00—10,50—11,50 M. — Oelsaaten in fester Stimmung. — Winterraps fester, per 100 Kilogr. 17,60—18,30—19,00 Mark. — Winterrübsen fester, per 100 Kilogramm 16,50 bis 17,20 bis 17,80 Mark. — Leindotter schwer verkäuflich, per 100 Kilogramm 13,50—15,00 Mk. — Schlagleinsaat ruhig. per 100 Kilo 15,00—16,00 bis 17,00—18,00 M., allerfeinste darüber. — Hanfsaat wenig Umsatz, per 100 Kilogr. 15,00—16,00 M. — Rapskuchen ruhig, per 100 Kilogramm schlesische 9,25—9,50 M. — Leinkuchen ruhig, per 100 Kilogramm schlesischer 11,50 bis 11,70 Mark, fremder 11,25—11,75 Mark. — Palmkernkuchen ruhig, per 100 Kilo 8,25—8,75 M. — Kleesamen sehr ruhig, rother per 50 Kilogr. 26—30—35—40—41 M., feinster darüber, weißer per 50 Kgr. 30—35—45—55—60 M. — Mehl ruhig, per 100 Kilogramm inkl. Sack Brutto Weizenmehl 00 21,00—21,50 Mark. — Roggenmehl 00 17,75—18,25 M., Roggen-Hausbacken 17,50—17,75 Mark. — Roggenfuttermehl per 100 Kilogramm inländisches 8,10—8,60 M., ausländisches 7,80 bis 8,20 Mark. — Weizenkleie ziemlich fest, per 100 Kilo inländ. 7,60—8,00 M., ausländ. 7,40—7,80 M. — Speisekartoffeln per 2 Liter 8-10 Pf., per 50 Kilogramm 1,10—1,30 M. — Stärke schwacher Umsatz, p. 100 Kilogr. inkl. Sack. Preise bei 10 000 Kilogramm. — Kartoffelmehl und Kartoffelstärke per 100 Kilogramm 14,50 Mark. Preise bei 10 000 Kilogramm. — Heu 2,50—3,20 M.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notirungs-Kommission.

Festsetzungen der städt. Markt-Notirungs-Kommission.		gute Höchster M.	gute Niedrigst. M.	mittlere Höchster M.	mittlere Niedrigst. M.	gering. Waare Höchster M.	gering. Waare Niedrigst. M.
Weizen weiß	pro 100 Kilo	15,00	14,70	14,50	14,00	13,50	13,00
Weizen gelb		14,90	14,60	14,40	13,90	13,40	12,90
Roggen		12,00	11,90	11,80	11,70	11,60	11,40
Gerste		14,60	13,80	12,70	12,30	11,00	10,00
Hafer alt		12,50	12,20	11,80	11,60	11,30	11,00
Hafer neu		12,00	11,70	11,20	10,70	10,20	9,70
Erbsen		13,50	12,50	12,00	11,50	11,00	10,50

Raps, per 100 Kilogramm feine 19,00 M., mittlere 18,30 M., ordinäre Waare 17,60 M., Rübsen Winterfrucht, per 100 Kilogramm feine 17,80 M., mittlere 17,20 M., ordinäre Waare 16,50 M. Heu, 2,70—3,20 pro 50 Kilogr. Stroh per Schock 23,00—27,00 M.

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.

Breslauer Mehlmarkt. Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 Kilogramm inkl. Sack 23,50—24,00 M. Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 Kilogr. inkl. Sack 21,00—21,50 M. Weizenkleie per Netto 100 Kilogr. in Käufers Säcken: a. inländisches Fabrikat 7,60—8,00 M., b. ausländisches Fabrikat 7,40—7,80 M. Roggenmehl, fein per Brutto 100 Kilogr. incl. Sack 17,75—18,25 M. Futtermehl per Netto 100 Kilogr. in Käufers Säcken: a. inländisches Fabrikat 8,20—8,60 M., b. ausl. Fabrikat 7,80—8,20 M.

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der dem Allerhöchsten Privileg vom 30. Oktober 1892 angeschlossenen Bedingungen wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von den durch dasselbe bewilligten 10 Millionen Mark Anleihescheinen der Provinz Posen für Zwecke des Provinzial-Hülfskassen-Fonds die letzten 5 Millionen Mark, verzinslich zu 3½ Prozent, als II. Ausgabe und zwar in folgenden Stücken ausgefertigt worden sind:

300 Stück Buchstabe A à 5000 Mk. Nr. 769 bis 1068.
750 Stück Buchstabe B à 2000 Mk. Nr. 1891 bis 2640.
1000 Stück Buchstabe C à 1000 Mk. Nr. 3181 bis 4180.
1550 Stück Buchstabe D à 500 Mk. Nr. 5671 bis 7220.
1000 Stück Buchstabe E à 200 Mk. Nr. 6101 bis 7100.
250 Stück Buchstabe F à 100 Mk. Nr. 1451 bis 1700.

Posen, im November 1895.

Der Landeshauptmann
gez. **Dr. von Dziembowski.**

Bekanntmachung.

Die von dem Bankier **Louis Kuttner** zwischen der Kaiser-Wilhelm- und der Großen Berlinerstraße hierselbst neu angelegte Straße (jetzt Moltke-Straße genannt) ist für den Anbau fertiggestellt und am **22. d. Mts.** dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. 16622

Jersitz, den 26. November 1895.

Der Gemeinde-Vorstand.
Frydrichowicz.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.